

## Wessen Aufschwung?

Der Aufschwung beschränkt sich auf Unternehmen und Banken, während Beschäftigte vor längeren Arbeitszeiten und schlechteren Beschäftigungsverhältnissen stehen. 350.000 Menschen sind arbeitslos, während Sozialleistungen gekürzt werden. Mit wachsendem Protektionismus, Handelskriegen & Co ist die nächste Krise bereits in Sicht!

Seite 2

## Land der Widersprüche

Knapp 30 Jahre nach der Wiedereinführung des Kapitalismus in Tschechien ist sein ideologisches Fundament so brüchig wie noch nie. Aktuell sehen wir einerseits ein steigendes Selbstvertrauen der Beschäftigten und andererseits ein Anwachsen reaktionärer Bewegungen. Petr Jindra vom CWI-Tschechien berichtet über den explosiven Mix.

Seite 12

## Schwerpunkt

Die Gründung der Republik 1918 war nur ein Nebenprodukt der revolutionären Bewegung. Die sozialdemokratische Führung tat alles, um eine sozialistische Revolution zu verhindern.

Seiten 7-10



# VORWÄRTS

**SLP**  
Sozialistische Linkspartei

Normalpreis € 1,-  
Solipreis € 2,-

Die sozialistische Zeitung seit 1983

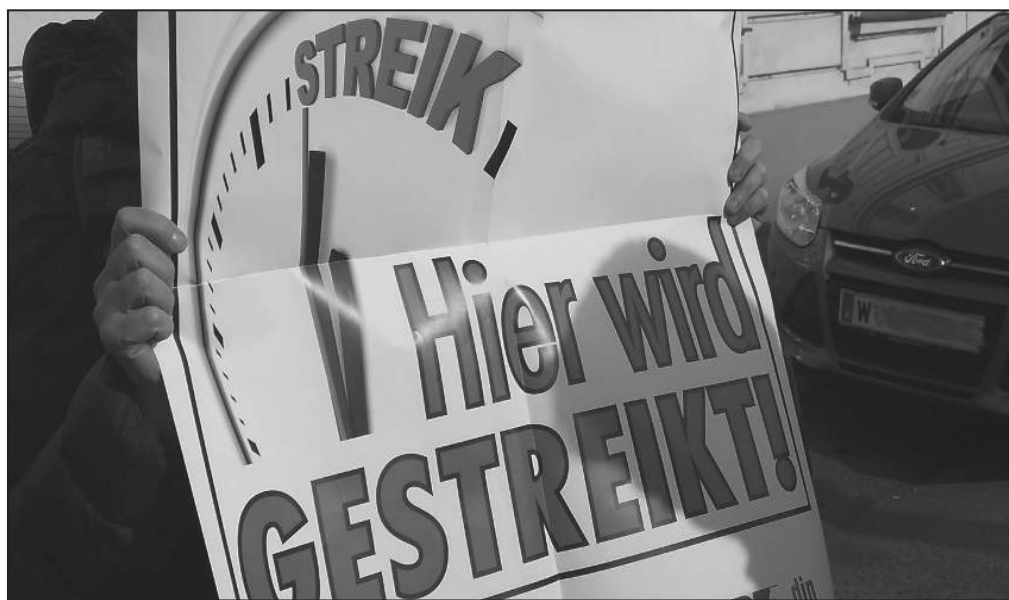
Nr. 272 | 11.18

# Protestieren. Organisieren. Streiken!

Was wir gerade erleben, ist ein koordinierter Angriff von Regierung und Unternehmensverbänden auf erkämpfte Rechte und Erregenschaften. Was die Regierung mit Gesetzen wie der Einführung des 12h Tages/60h Woche oder der Zerschlagung der Sozialversicherung auf Gesetzes-Ebene betreibt, erledigen die Unternehmen über die aktuelle Kollektivvertrags-Runde. Bei manchen KV's geht es schon um ihre bloße Existenz, wie bei Werbung und Druckgraphik. Als Nächstes steht wohl die Mindestsicherung

mos, konnten die Offensive der Herrschenden bisher nicht stoppen. Und mit jedem Erfolg dieser Offensive wird es schwieriger für den Widerstand.

Dabei ist die Regierung nicht die unaufhaltbare Dampfwalze, als die sie manchmal erscheint. Die KollegInnen der AUVA haben es geschafft, deutliche Zugeständnisse zu ertrotzen. Es war die Mischung aus bewusst organisierter, massenhafter Unterstützung aus der Bevölkerung und die Streikbereitschaft der Beschäftigten in den Spitälern, die der Re-



## Wer gewinnen will, muss sich organisieren. In der Schule, im Betrieb und in der Nachbarschaft!

auf der Liste, dazu weitere Verschlechterungen bei Gesundheit & Sozialem. Und das Schlimmste: Bisher kommen sie damit durch. Große Mobilisierungen, wie die des ÖGB gegen 12h-Tag/60h-Woche im Juni oder die wiederbelebten Donnerstagsde-

gierung Angst gemacht hat. Ein Streik hier hätte weite Kreise ziehen können und andere Branchen, z.B. beim Kampf gegen den 12h Tag, anstecken können. Die Führungen der Gewerkschaften verschleppen diesen Kampf aber, statt ihn konsequent zu

führen. Doch genau so ein Kampf kann die Regierung zum Zurückweichen bringen: Denn Streiks würden auch ihren Auftraggebern in Banken & Konzernen weh tun.

Das ist die Chance der aktuellen KV-Runde: Drehen wir die Offensive der

Herrschenden um und gehen mit starken Forderungen in die Verhandlungen, holen wir uns, was uns zusteht! Nirgends werden Verhandlungen allein zum Erfolg führen: Wir brauchen entschlossene und demokratisch organisierte Arbeitskämpfe. Donnerstagsdemos und alle anderen Proteste können dann dabei helfen, diesen Schwung über die Branchen und Lebensbereiche zu verbreiten!

Till Ruster

## Die SLP schlägt vor:

- Kämpferische KollegInnen zusammenbringen, um gewerkschaftlichen Kurswechsel zu erzwingen
- Betriebliche Kämpfe & Widerstand auf der Straße durch gemeinsame Proteste und Soli-Aktionen verbinden

**Der Standpunkt**



**von Sonja Grusch** Es tut sich viel: Betriebsrätekonferenzen im Metallbereich und Donnerstagsdemos. Feministische Aktionen und Umweltproteste. Antifa-Demos und Aktionstage des Sozialbereichs...

Überall wollen Menschen gegen Verschlechterungen und für eine bessere Zukunft „was tun“.

Trotzdem gibt es ein Gefühl der Hilflosigkeit. Man protestiert, um ein Zeichen setzen, weil man nicht weiß, was man sonst tun soll - hat aber auch das Gefühl, dass das nicht reicht. Und das stimmt auch. Nicht nur deshalb, weil die Proteste den Herrschenden nicht weh tun. Sondern auch weil nicht klar ist, wo es eigentlich hingehen soll. Auch eine SPÖ-Grün Regierung würde vieles ähnlich machen.

„Nachhaltigkeit“ ist ein Modewort. Echte Nachhaltigkeit ist, wenn man nicht nur ein Symptom bekämpft, sondern die Ursache eines Problems. Ich

## Die Sache mit dem Wurzelgemüse...

hab Latein zwar immer gehasst, aber „radix“ ist ein wichtiges Wort. Es bedeutet „Wurzel, Ursprung“. Das deutsche „radikal“ leitet sich daraus ab. Und ganz in diesem Sinne brauchen die verschiedenen Proteste eine radikale Sichtweise. Also eine, die nicht nur an der Oberfläche bleibt, sondern schaut, woher ein Problem kommt.

Hier gibt es die Proteste - auf der anderen Seite stehen Geschäftsführung, Management, Regierung & Co. Arm gegen Reich, unten gegen oben. Das mag nach einer Vereinfachung klingen und ja, es gibt auch Grautöne - doch letztlich ist die Sache „so einfach“. Da gibt es jene, die zur Elite, zur reichen Spitze gehören und jene, die das nicht tun. Jene, die davon profitieren, wenn Mensch und Umwelt ausgebeutet werden, und jene, die darunter leiden. Es ist der Kapitalismus, der die Welt im Würgegriff hat und die tiefere Ursache von Armut, Lohnraub, Krieg, Umweltzerstörung, Rassismus und Sexismus ist. Wir brauchen also mehr „Radikalität“ - wir müssen die Probleme an der Wurzel packen und den Kapitalismus als Ganzes ausreißen.

**Impressum:**  
Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U  
Abz-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 25600000000 8812733 | BIC: OPSKATWW



## Wessen Aufschwung?

**Die Regierung** hat Rückenwind, Österreich ist im „Aufschwung“. Noch. Die

tum konnte überhaupt nur durch die Aufnahme weiterer Schulden und den nega-

bekommen. In den Firmen klingeln die Kassen, doch bei uns werden Sozialleistungen gekürzt und der 12-Stunden-Tag durchgedrückt. Die Regierung setzt die von der Wirtschaft gewünschten Einschnitte um als Vorbereitung für die kommende Krise! Denn es ist klar, dass die Verschonung schon wieder fast vorbei ist. Und wir haben bisher nichts davon gehabt!

*Ob wir etwas von einem Aufschwung spüren, hängt von den Kräfteverhältnissen zwischen den Klassen ab.*

Wirtschaft konnte sich in den letzten Jahren kurzzeitig erholen. Dieser „Aufschwung“ ist aber nur ein konjunktureller: Er konnte den Einbruch 2007/8 nicht ausgleichen. Der Internationale Währungsfonds IWF hat die Prognose für das weltweite Wirtschaftswachstum bereits reduziert, auch in Österreich ist der Höhepunkt längst überschritten. Das Wachs-

tiven Leitzins der Europäischen Zentralbank EZB stimuliert werden.

„Warum krieg ich davon nichts mit?“, fragen sich viele. Medien berichten zwar seit Monaten von Erholung und Wachstum, aber was merken wir davon? Österreichs Banken machen Profite in Milliardenhöhe, während wir einen schlechten KV-Abchluss nach dem anderen

Die Verantwortung dafür liegt bei der Gewerkschaft. Längst hätte sie mehr herausholen müssen. Wir brauchen echte Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen und mehr soziale Sicherheit. Es ist ihre Krise - wir wollen und können dafür nicht bezahlen!

**Stefan Brandl**

## Österreichs Kapitalismus und der internationale

**Im modernen** Kapitalismus ist kein Land isoliert, sondern eingebettet in ein fragiles internationales Netz. Entwicklungen in Deutschland treffen (oft verspätet) Österreich. Die USA sind Deutschlands zweitgrößter Handelspartner und führen v.a. Autos und Maschinen ein. Strafzölle sind hier möglich und würden das deutsche Wachstum halbieren - ohne Zweifel mit negativen Folgen für Österreich. Rund 450.000

Jobs hängen hierzulande an der Autoindustrie!

Die österreichische Firma Lenzing AG hat bereits im August den Ausbau einer neuen Anlage in den USA gestoppt, weil die Profite dort wegen des Handelskrieges nicht mehr sicher sind. Die Zukunft heimischer Banken ist eng mit Italien und dem Balkan verbunden. Protektionismus, Handelskrieg und Bankenkrise: ein Vorgeschmack auf die kommenden Jahre.

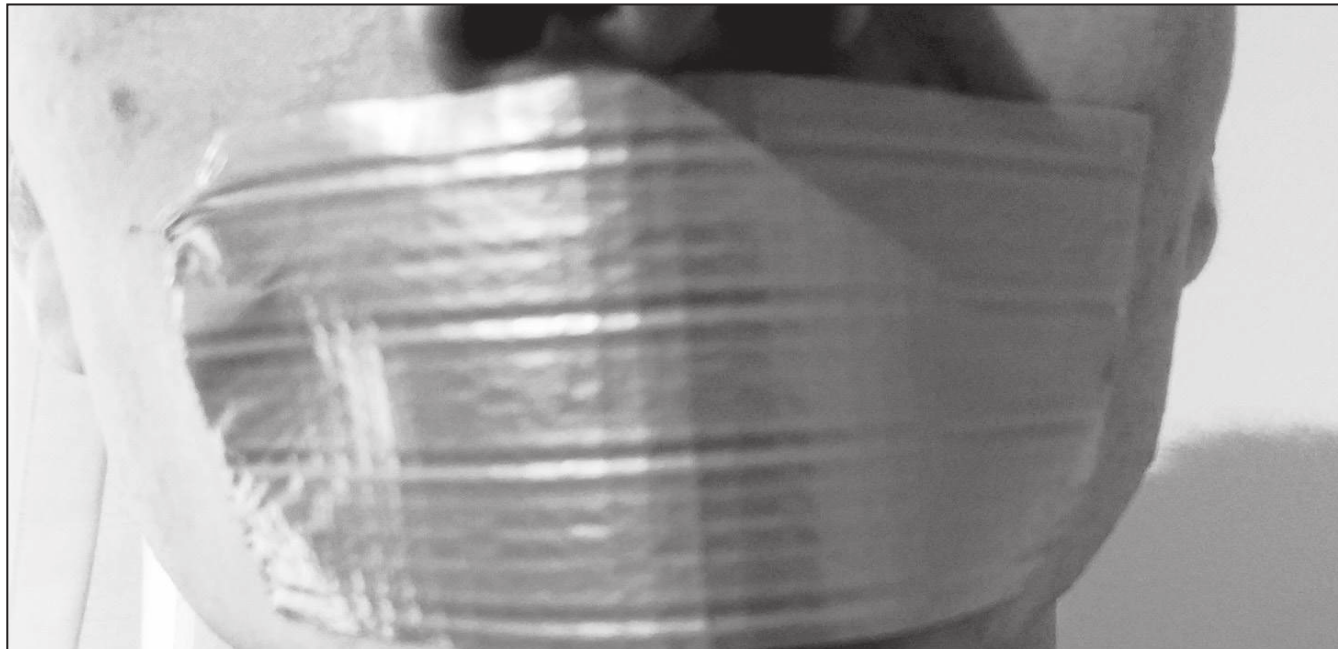


## Profite für Banken - Kürzungen für uns?

**Die Gewinne** der Banken haben sich nach der Krise 2007/8 erholt. Die Beschäftigten haben nichts davon - Tausende müssen gehen. Der Staat wird dafür zur Kasse gebeten, während allein von 2016-17 die Gewinne um 31,7% auf 6,6 Milliarden Euro stiegen.

Überhaupt ist es mit dem Jobwunder nicht so weit her. Teilzeitjobs werden in Vollzeitstellen umgewandelt (also keine neun Jobs geschaffen) - verbunden mit mehr Überstunden

und Leiharbeit. Überstundenzuschläge fallen durch den 12-Stunden-Tag künftig teilweise weg und die Reallöhne stagnieren bestenfalls. An anderer Stelle werden Jobs nicht umgewandelt, sondern gänzlich abgeschafft: Kika/Leiner kündigt dieses Jahr 1.154 Beschäftigte. Insgesamt sind immer noch rund 350.000 Menschen ohne Job. Parallel dazu plant die Regierung Kürzungen bei Mindestsicherung und Arbeitslosenunterstützung.



## Die Freiheit, die wir meinen

**Viel Kritik** gab es jüngst in den Kommentarspalten liberaler Zeitungen wie etwa dem „Standard“, an der SPÖ. Diese solle statt

Tatsächlich betreibt die Regierung umfassenden Demokratieabbau. Er geht mit der Demontage des Sozialstaates einher – also je-

ke bedauern, dass etwa die konservative Tageszeitung „die Presse“ immer stärker gegen Frauen, MigrantenInnen und verarmte Be-

chen Superreichen immer verbissener und aggressiver verteidigt. Nämlich indem Grenzen abgeschottet werden, der Polizeistaat aufgerüstet wird und auch soziale Rechte immer massiver attackiert werden. Insofern ist auch die Einführung des Zwölfstundentages ein wesentlicher Bestandteil dieser „Verrohung“.

Die sozialistische Antwort darf nun nicht sein, den angeblichen demokratischen Normalzustand zu verteidigen. Es geht nicht um die Zähmung des Kapitalismus, sondern um seine Abschaffung. In diesem Sinne muss man jede fortschrittliche Errungenschaft verteidigen. Doch echte Freiheit gibt es nur mit sozialistischer Demokratie.

**Christian Bunke**

*Schwarz-Blau attackiert demokratische Grundrechte. Damit liegt die Regierung im kapitalistischen Trend.*

Klassenkampfrhetorik lieber liberale, demokratische Werte verteidigen. Dagegen Nikolaus Kowall auf dem SPÖ-Blog „Kontrast.at“: Aufgabe der Sozialdemokratie sei es, mit den Mitteln der Demokratie den Kapitalismus zu zähmen. Deshalb müsse man auch soziale Forderungen aufstellen. Darauf wird man bei der neoliberalen SPÖ jedoch vergeblich warten.

ner Teile, die nicht vorher von der rot-schwarzen Koalition eh schon zerstört wurden. An der Regierung wirkte die SPÖ an der autoritären Umformung des Staates mit. So ließ der ehemalige SPÖ-Verteidigungsminister Doskozil Aufstandsbekämpfung durch das Bundesheer üben.

In vielen Medien bezeichnet man das als eine „Verrohung des Bürgerlichen“. Auch manche Lin-

völkerungsschichten hetzt. Dabei sei „die Presse“ doch früher ein „Qualitätsblatt“ gewesen.

**Es gibt** tatsächlich eine Verrohung, nämlich des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Dieses ist nicht mehr in der Lage, die Bedürfnisse der Bevölkerungsmehrheit sicherzustellen. Also werden die Privilegien der mehrheitlich weißen und männli-

## Wie die Politik nach unten tritt

**In Singapur** zahlt man zehntausende Euro Strafe wenn man einen Kaugummi ausspuckt. Die Wiener SPÖ-Stadträtin Ulli Sima ist davon so begeistert, dass sie Singapur als Vorbild für die Hauptstadt anpreist. In Singapur darf man in der U-Bahn nicht essen, also macht man das hier auch. Das viele gar nicht freiwillig in der U-Bahn essen, sondern auf dem Weg zum bzw. vom Job sind und wird einfach ignoriert.

**Die Wochenzeitung** „Falter“ recherchierte über die von FPÖ-Innenminister Herbert Kickl angeordnete Razzia beim Verfassungsschutz. Seitdem lässt die FPÖ gegen das Blatt hetzen und veröffentlichte E-Mails von Chefredakteur Klenk. In der Vergangenheit forderte der „Falter“ eine Verschärfung des Asylrechts um „kriminelle Ausländer“ leichter abzuschieben – Wind auf schwarz/blau Segel.

**Schwarz-Blau** will eine eigene polizeiliche Sondereinheit gegen Sozialbetrug aufstellen. Nein, diese Truppe soll nicht gegen schlecht zahlende und Steuern (in Milliardenhöhe!) hinterziehende Großkonzerne ermitteln. Stattdessen sollen solcherart Beziehungsinnen von Mindestsicherung und Notstandshilfe beschnüffelt und eingeschüchtert werden. So wird dann kommender Sozialabbau umgesetzt.

**Umweltschutzorganisationen** müssen zukünftig ihre Mitgliederlisten offenlegen wenn sie „Parteienstatus“ bei Projekten wollen. So will man von Protesten abschrecken. Alle großen Parteien befürworten Großprojekte wie die dritte Piste am Flughafen Wien. Deshalb protestiert die SPÖ zwar in Worten, wird die Maßnahme im Fall eines Regierungsantritts aber sicher nicht zurücknehmen.

### Der rechte Rand

**Seit 1. August** gilt auf zwei Teilstücken der Westautobahn ein neues Tempolimit von 140km/h. Aktuelle Verkehrs- und Umweltstudien raten hingegen zu einem Limit von 100km/h. Verkehrsminister Hofer ist aber nicht der erste blaue Politiker, der aufs Gas steigt. Schon in den 1990er Jahren warb die FPÖ mit „Freie Fahrt für freie Bürger“ gegen Tempolimits. Hofers blau/oranger Vorgänger Hubert Gorbach setzte in Kärnten auf einer Strecke 160 erfolglos um. FP’ler wettern quer durchs Land gegen verkehrsberuhigte Zonen und Tempolimits. Woher kommt die blaue Begeisterung für „Speed“?

Abgesehen von vielen sicherlich interessanten psychologischen Erklärungsmustern gibt es auch handfeste politische. Der Rechtsextremismus stützt sich auf den „Sozialdarwinismus“. Vereinfacht: Das Recht des Stärkeren. Wer sich durchsetzen will, muss die Ellbogen gegen seine Mitmenschen ausfahren. Wer dabei verliert, hat es eben auch verdient, zu verlieren und braucht niemanden leid zu tun. Auf der Autobahn wie im Leben heißt das dann: Ich bin stark, ich brauche Platz und den nehme ich mir eben von dir!

Neben völlig wurschtigen 140km/h auf zwei kurzen Autobahnabschnitten lässt sich damit wunderbar Sozialabbau betreiben. Warum auch auf vermeintlich Schwächere Rücksicht nehmen, wo sich doch niemand selbst als schwach sehen möchte? Abseits einer Wirtschaftspolitik für einflussreiche Konzerne, Verminderung von teuren Umweltauflagen in deren Interesse, ist Tempo 140 auch ein Ablenkungsmanöver von der tatsächlichen Politik der Regierung.

**Albert Kropf**

## ÖGB – Was wurde aus dem „heißen Herbst“?

**Anfang Mai** wurden die Belegschaften die Regierung mit dem 12-Stundentag ernst machte, mobilisierte der ÖGB richtigerweise 120.000 Menschen dagegen. Doch dann passierte den Sommer über nichts. Die Regierung verlegte den Beschluss nach vorne und bremste damit die Gewerkschaft aus. Nun verkündete der ÖGB Plan B: Den 12-Stundentag auf der Kollektivvertrags-Ebene durch eine gemeinsame Verhandlungsstrategie aller Bereiche verhindern. Doch das würde echte Vernetzung der verschiedenen Bereiche bedeuten – z.B. indem auf einer Betriebsversammlung im Metallbereich BetriebsrätInnen aus dem Sozialbereich sprechen und ihre Situation erklären. Der nächste Schritt könnten gemeinsame Soli-Aktionen der verschiedenen Bereiche sein. Keine von oben orchestrierten Pflichtübungen. Sondern echte, öffentliche und kämpferische Aktionen dort, wo Menschen leben und arbeiten. Die Donnerstags-Demos wären auch ein guter Ort, um die Solidarität zu verbreitern. Unter den Tausenden, die jede Woche demonstrieren, sind zahlreiche Gewerkschaftsmitglieder – aber kein sichtbarer Gewerkschafts-Block. Stattdessen hat die ÖGB-Führung auch den Plan B fallen gelassen, ohne ihn auch nur auszutesten – Denn nun geht Katzian mit seinem „neuen Arbeitszeitgesetz“

hausieren, womit wir auf die nächste Wahl vertröstet werden sollen. Und das, obwohl die SPÖ schon letztes Mal keine der Verschlechterungen von Schwarz-Blau zurückgenommen hat!

Die Gewohnheit von Katzian & Co, groß anzukündigen und dann nichts folgen zu lassen, ist gefährlich: Erstens sind schlechter organisierte Bereiche bei den KV-Verhandlungen auf die echte Solidarität der besser organisierten Bereiche angewiesen. Alleine werden sie den 12-Stundentag und andere Angriffe nicht abwehren können. Zweitens kaufen auch in gut organisierten Bereichen immer weniger KollegInnen der Führung ihre hohlen Phrasen ab. Oft haben wir bei den BVs im Metallbereich Unmut gehört: Jedes Jahr das Gleiche – zuerst aufmucken, dann klein beigeben und schwach abschließen. Das senkt das Vertrauen in die eigene Kampfkraft unter KollegInnen. In Zeiten, in denen die Unternehmen sich anschicken, mit Unterstützung der Regierung KVs komplett zu zerschlagen, ist das besonders giftig. Wir können es uns nicht leisten, unsere Gewerkschaften den Dampfplauderern zu überlassen. Setzen wir selber die oben genannten Initiativen und holen wir sie uns zurück!

**Thomas Hauer,  
Sebastian Kugler**



## Ausweg aus der IT-tyrannei

**Auch in** der IT-Branche mit ihren oft „flachen“ Hierarchien sind Kollektivverträge, Arbeitsgesetze und Betriebs-

zeit, Urlaubsregelung, Arbeitssicherheit oder aber willkürliche Ver-setzungen. Die Beschäftigten akzeptieren dann

los, da die Unternehmen leicht eine Kündigung aussprechen können, selbst aus fiktiven Gründen. Hier kommt der Betriebsrat ins Spiel.

*Warum ein demokratisch gewählter und kämpferischer Betriebsrat speziell im IT-Bereich notwendig ist.*

vereinbarungen gültig. Weil es hier aber oft keinen Betriebsrat gibt für die Umsetzung und Einhaltung, muss dafür von Seiten der Beschäftigten selbst gesorgt werden. Das bedeutet in der Praxis oft, dass gesetzliche Bestimmungen bzw. Kollektivvertrag gebrochen oder aufgeweicht werden. Sei es bei Arbeits-

oft schlechte Arbeitsbedingungen, weil es „normal“ zu sein scheint oder aus Angst, sich gegen das Unternehmen zu stellen.

**Wenn es** hart auf hart kommt, ist es rasch aus mit der „familiären“ Atmosphäre. Als einzelne allein gegen diese Verstöße vorzugehen ist riskant und oft aussichts-

**Betriebsräte** sind die gewählte und durch das Gesetz geschützte Vertretung der Beschäftigten – ein Gegenpol zur absoluten Macht und Willkür der Unternehmen. Es reicht aber nicht nur die bloße Existenz eines Betriebsrats, sondern dieser muss auch aktiv werden und die KollegInnen einbinden! Und zwar für die Interessen der Beschäftigten und nicht für „wirtschaftliche“ Notwendigkeiten.

**Georg B.**

Kurznachrichten aus Betrieb & Gewerkschaft

### – Hoamat

**Die** GPA-djp/ÖGB-Aktion am 18.10. in Linz gegen die Sozialversicherungskürzungen hatte was von Satire. Kein Wort von Vernetzung, bundesweitem Widerstand oder Kampfmaßnahmen. Landeshauptmann Stelzer (ÖVP) wurde aufgefordert, Oberösterreich zu verteidigen, am Ende wurde die ÖÖ-Hymne abgesungen. Peinlich. Doch unter den TeilnehmerInnen war die Stimmung kämpferisch. Unser Flyer mit einem Aktionsplan zum Kampf gegen Schwarz-Blau kam gut an.

### – Ehrenamt

**In** „Ein Cappuccino für die Armen“ (PapyRossa) beschreibt Claudia Pinl wie die Propaganda für „Bürgergesellschaft“ und ehrenamtliche Arbeit den Sozialabbau begleitet. Gratisarbeit ersetzt bezahlte Jobs – und für Unternehmen gibt es Steuergeschenke. Löcher in kommunalen Haushalten werden gestopft, der Druck, kostenlos zu arbeiten steigt. Nur ein Schritt zur Zwangsarbeit und in manchen Bereichen ist er bereits über-schritten.

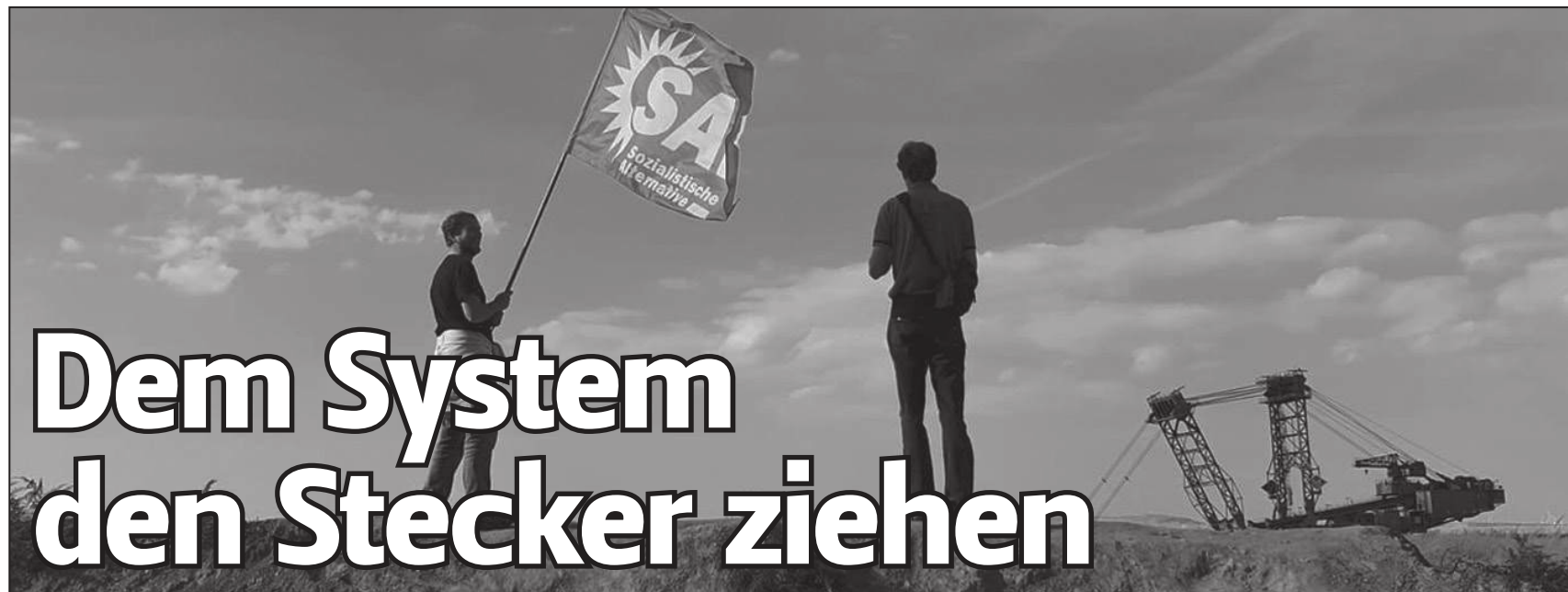
### + Salzburg

**Am 6.10.** demonstrierten in Salzburg etwa 200 Beschäftigte aus dem Sozial- und Pflegebereich. Der von der Gewerkschaft organisierte Protest forderte die ausreichende Finanzierung der privaten Sozialeinrichtungen durch die Landesregierung, die nicht einmal in KV-Höhe zahlen will. Mit Flugblättern von „Sozial aber nicht blöd“ beteiligten wir uns und schlugen eine Strategie vor, um gemeinsame echte Verbesserungen zu erkämpfen.

### + Aktionstag Sozialbereich

**Am 12.10.** riefen verschiedene Basisinitiativen (Resilienz, KNAST, Raum für Alle\*, Sozial aber nicht blöd) aus dem Sozialbereich zum Aktionstag gegen Sozialkürzungen auf. In Wien, Linz, Graz und Innsbruck gab es Aktionen. Schon am 9.10. nutzten Fans des Wiener Sportclub ein Heimspiel, um mit einem Transparent für den Aktionstag zu mobilisieren. SLP-AktivistInnen waren mit von der Partie: In Wien u.a. mit einer gemeinsamen Kund-

gebung von „Sozial, aber nicht blöd“ und „Bündnis Flüchtlingsarbeit“ gegen Mindestsicherungskürzung vorm AMS; in Linz mit einer Kundgebung am Taubenmarkt und in Graz mit einer Aktion vorm Sozialamt. Bei einer gemeinsamen Abschlusskundgebung aller Initiativen in Ottakring strichen SLP-AktivistInnen heraus, dass der Kampf im Sozialbereich mit einem Aktionsprogramm gegen Schwarz-Blau verbunden werden muss.



# Dem System den Stecker ziehen

**40 Jahre** nach dem Sieg gegen das AKW Zwentendorf ist der Atomausstieg längst nur noch hohle Phrase. Sogar Japan baut wieder fleißig. Der durchliberalisierte Energiemarkt sorgt dafür, dass auch Atomstrom

schaftskrise. Auch der aktuelle „Aufschwung“ geht auf Kosten von Umwelt und Klima. Und das, obwohl der Weltklimarat uns nur noch bis 2030 gibt, um radikale Maßnahmen gegen den Klimawandel umzusetzen – be-

den deutschen, sondern für den internationalen Markt. Denn Deutschland ist Stromexporteur. Von diesen Exporten sind viele Staaten abhängig.

Auch die Stromkonzerne hierzulande sind untrennbar mit dem globa-

che fast 1/4 des Stroms der EU liefert, besitzt 1/4 der Energie Steiermark.

Was also tun? Viele steigen auf „Ökostrom“ um, auch, weil Greenpeace und Co. dazu aufrufen. Insgesamt wird europaweit aber bereits jetzt mehr Strom aus erneuerbaren Energien eingespeist, als es „Ökostrom“-KundInnen gibt – dadurch wird hier auch kein Ausbau von erneuerbarer Energie bewirkt. Außerdem wird der Großteil der Energie für Industrie und Verkehr verwendet (in Österreich mehr als 60%) während nur ca. 1/4 in private Haushalte fließt. Individuelle Kaufentscheidungen ändern also nichts am großen Bild. Konzerne werden immer den kurzfristig billigsten Strom nutzen, um Profite zu machen. Ökostrom ist also auch keine Lösung

für den Klimawandel innerhalb des Kapitalismus. Am Markt muss auch der „sauberste“ Strom nach den Regeln der Profitorientierung spielen.

**Was wir** stattdessen benötigen, ist eine Reorganisation des gesamten Energiesektors. Dieser darf nicht dem Profit dienen, sondern den Menschen und der Umwelt. Die Technologie dafür ist da, ein rascher Umstieg ist möglich. Und das ohne Verlust von Arbeitsplätzen: Die Klimakiller gehören enteignet und ihre Milliarden für Jobs im Bereich erneuerbarer Energien eingesetzt. Die Proteste im Hambacher Forst könnten Startpunkt für internationale Mobilisierungen gegen Klimawandel, Ausbeutung und Kapitalismus sein!

**Moritz Bauer**

## Von Zwentendorf bis in den Hambacher Forst – es gibt keinen sauberen Strom im Kapitalismus.

durch österreichische Kabel fließt: Über 50% des Stroms in Österreich werden importiert, der Großteil aus Atomstrom-Ländern wie Deutschland oder Tschechien. Der Kapitalismus kommt nicht von Kernenergie los. Auch sonst werden Umweltstandards runtergefahren – zugunsten schmutziger Energieträger. Der Hintergrund: Die Wirt-

vor auch die schlimmsten Folgen unumkehrbar werden.

Auch die Frage des Hambacher Forsts zeigt, dass das System nicht nur unfähig ist, tatsächlich sauberen Strom zu produzieren, sondern aktiv dagegen arbeitet: Der deutsche Energiekonzern RWE will den Wald roden, um dort Braunkohle abzubauen. Und das nicht einmal für

len Markt verbunden und im (Teil-)Besitz anderer Unternehmen. RWE besitzt beispielsweise 1/3 der Kelag aus Kärnten. Der (Atom-) Energieerzeuger EnBW hält 1/3 der EVN aus Niederösterreich. Deren aktueller Kraftwerksneubau Rosenberg stellt ebenfalls einen zerstörerischen Eingriff in Auwald und Flusslandschaft dar. Die französische EfG, wel-

## Podcast

**Neue Medien,** neue Kommunikationswege: Mit „Socialism - the podcast of the Socialist Party“ geht die britische Schwesterorganisation der SLP on Air. Dazu passend gibt es Tipps zum Weiterlesen und die Einladung, selbst aktiv zu werden. Auf Youtube, TuneIn, Stitcher, Spotify, Castbox, Acast, Blubrry, Podbean, SoundCloud und MixCloud. Und das hindert uns keine Minute daran, die Politik dieser Konzerne zu kritisieren...

## FIFA-Feminismus?

**Im beliebten** Videospiel FIFA 19 geht es um einen jungen Fußballer und seine Schwester. Spielt man als Kim Hunter, gibt es in Interviews nach dem Spiel schon mal Fragen wie z.B. ob es einen Mann gibt, zu dem sie Hallo sagen möchte, oder Kommentare zu den Uniformen, die das Frauenteam trägt. Kim kann dann antworten, dass sie eine professionelle Sportlerin ist und diese dummen Kommentare nichts mit dem

Sport zu tun haben. Es ist schön, dass der Frauensport in diesem Jahr eine prominente Rolle spielt, und es ist schön, sich dem Sexismus zu stellen, der oft mit der Berichterstattung über Frauensport einhergeht. Gleichzeitig ist aber am Cover von FIFA 19 Cristiano Ronaldo, der wegen Vergewaltigung angeklagt ist. Ist der Feminismus zur FIFA gekommen? Die kurze Antwort ist nein, man will nur Käuferinnen nicht zu sehr vergraulen.

## Regierung vs. Wissenschaft

**Schon im** Bildungsbereich hat die Regierung wissenschaftlich fundierte Forschungsergebnisse ignoriert. Nun soll das Ärztegesetz dahingehend geändert werden, dass auch unwissenschaftliche Methoden „komplementär- und alternativmedizinischer Heilverfahren“ zum Berufsbild gehören. Damit sollen diverse esoterische Verfahren nicht mehr außerhalb der Ärztekammer stattfinden – sondern mit deren Segen. Bei ei-

ner Regierung, deren Mitglieder schon mal selbst Esoterik praktizieren oder Verschwörungstheorien anhängen, kein Wunder. Aber gefährlich für kranke Menschen. Denn esoterische Heilsversprechen bekommen so den Anstrich der Seriosität. Und damit ist viel Geld aus den Taschen von Kranken zu ziehen, die durch die Kürzungen im Gesundheitswesen privaten Scharlatanen in die Arme getrieben werden.

# Nicht mit mir: Aktiv in OÖ

**Beim ersten** Nicht mit mir-Oberösterreich Treffen nach der Sommerpause diskutierten wir das Potential, aber auch die Probleme des Frauen\*Volksbegehrens. Relativ schnell herrschte Einigkeit, dass in der Eintragungswoche eine erhöhte Sensibilität für feministische Themen vorhanden sein wird. Uns war klar, dass Nicht mit mir Frauen einladen muss, aktiv zu werden und sich langfristig zu organisieren.

Die Forderungen des Volksbegehrens gliedern sich unserer Ansicht nach in die Themenblöcke „Gewalt an Frauen“, „Arbeit & Einkommen“ und „Selbstbestimmung & Schwangerschaftsabbruch“ auf. Dazu wurden im September und Oktober mehrere Aktionen in Linz durchgeführt, bei denen mit Flyern, Mikrofon und Lautsprechern, Transparenten und Darstellungen mit Straßenkreide die Angriffe der schwarz-blauen Regierung speziell gegen Frauen aufgezeigt wurden.

Bei einem Treffen davor wurde die Kundgebung vorbereitet und notwendige Forderungen formuliert. Schon beim Aufbau des Kundgebungs-Zeltes schwärmten viele Interessierte zum Infotisch, um sich näher über die Kampagne zu informieren. Vor allem die verschiedenen Wortmeldungen via Lautsprecher erregten bei vielen PassantIn-

nen Aufmerksamkeit und führten zu vielen interessanten Diskussionen. Bei der zweiten Aktion am oberösterreichischen Equal Pay Day präsentierten wir unsere Forderungen auf einer Tafel und luden PassantInnen ein, sie abzustimmen. So unterstützte eine Pflegerin Arbeitszeitverkürzung auf 30-Stunden/Woche wegen der Belastung in ihrer Arbeit.

**Auch nach** dem Volksbegehren finden wir es wichtig, weiter für die Forderungen zu kämpfen. Deshalb setzten wir mit einer Kampagne für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch fort. Mit Flyern mobilisierten wir zwei Wochen lang zu einer Protestaktion gegen den jährlichen Marsch radikaler AbtreibungsgegnerInnen am 27. Oktober. Obwohl deren Versammlung abgesagt wurde, standen wir trotzdem für Frauenrechte und Selbstbestimmung auf der Landstraße. 1:0 für den Feminismus!

Wir sind eine bunt gemischte Gruppe von Studierenden und Beschäftigten des Sozialbereichs, Frauen und Männern, politisch Aktive und „frisch G'fangte“. Jede und jeder kann bei uns mitmachen! Nächste Treffen und die Beteiligung an der Donnerstagsdemo in Linz sind schon geplant.

**Sarah Lammer,  
Jan Millionig**



## Eine Welt zu gewinnen 2018

**Vom 19. Bis 20. Oktober** fand in Wien „Eine Welt zu gewinnen 2018“ statt. Es gab diverse Diskussionen zu brennenden politischen Themen in Öster-

ministischen Organisation „Libres y Combativas“ (Spanien), Christian Berger, Sprecher des Frauenvolksbegehrens und Martina Gergits für die

Unmöglichkeit, im Kapitalismus eine Lösung für die Klimakatastrophe zu finden.

Abgeschlossen wurde das Event mit einer wei-

*„Eine Welt zu gewinnen“ fand wieder statt – besser, motivierender, lauter und wütender als je zuvor!*

reich und international. Veredelt wurde all dies durch Beiträge von über 80 TeilnehmerInnen, u.a. aus den USA, Spanien, Serbien und Deutschland.

Der Freitagabend brachte die erste große Podiumsdiskussion zu „International gegen Patriarchat und Kapital – Frauenbewegungen weltweit“. Gesprochen haben Laura Garcia von der fe-

sozialistisch-feministische Plattform „Nicht Mit Mir“.

**Der Samstag** brachte neun verschiedene Arbeitskreise zu aktuell brodelnden Themen. Es wurden unter anderem die Folgenden diskutiert: Widerstand gegen die rückschrittliche Bildungspolitik der Regierung, Streik im Sozialbereich und die

teren großen und stimmungsgeladenen Podiumsdiskussion, in der es konkret um gewerkschaftlichen Widerstand und Streik gegen diese Regierung ging. RednerInnen waren Irene Mötzl, Betriebsrätin beim Wohnservice Wien und Aktivistin der SLP und Peter Redl, Betriebsrat im UKH Lorenz Böhler.

**Simon Salzmann**



## Die SLP auf den Donnerstagsdemos

**Seit Anfang** Oktober demonstrieren jeden Donnerstag bis zu 10.000 gegen die Regierung in Wien. Das ist ein wichtiger erster Schritt – und die SLP ist jede Woche mit einem kämpferischen Block dabei. Wir produzierten dafür eine Sonderbeilage des „Vorwärts“ mit den Lehren der letzten Donnerstagsdemos: Demonstrieren ist gut, aber nicht genug. Wir müssen uns organisieren – in unseren Arbeitsbereichen, Schulen, Unis,

Nachbarschaften – und die Regierung und ihre GeldgeberInnen durch Streiks dort treffen, wo es wehtut. Außerdem braucht es demokratische Strukturen in der Bewegung, damit sich Menschen einbringen können. Um diese Diskussion anzustoßen, setzten wir mit unserer Kampagne „Nicht mit mir“ eine viel beachtete Initiative für einen sozialistisch-feministischen Block auf den Demos.

**Brettros**

## Andere über uns



**In einer Reportage** über die aktuellen Donnerstagsdemos warf der ORF einen Blick auf die damaligen – und wer war schon damals ganz vorne dabei? Natürlich die SLP! Die Frisuren mögen sich geändert haben, doch unsere Überzeugungen sind noch dieselben: Damals wie heute kämpfen wir gegen Rassismus, Sexismus, Sozialabbau und das System das sie hervorbringt: den Kapitalismus.

# VORWÄRTSSCHWERPUNKT



## Die Revolution, die bis heute wirkt

**Kaum ein Bericht** kommt ohne eines der bekanntesten Bilder von 1918 aus: Während am 12. November im Parlament die Republik beschlossen wurde, versammelten sich die Massen vor dem Parlament am Ring. Auf der Ballustrade verlasen sozialdemokratische Politiker den Text der neuen Verfassung – nur wenige Meter daneben das Transparent „Hoch die sozialistische Republik“.

Auch in Österreich gab es eine Revolution und diese, bzw. die Angst der herrschenden Klasse vor ebendieser, hatte gewaltige Veränderungen zur Folge. Es sind Veränderungen, die bis heute von zentraler Bedeutung sind: Das Ende der Monarchie, die Abschaffung des Adels und die Enteignung der Habsburger. Die Republik inklusive Verfassung und allgemeinem gleichen Wahlrecht. Die Bildung

von Kollektivverträgen, Sonn- und Feiertagsruhe, Verbot von Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche, Ausbau der Kranken- und Unfallversicherung. Schon unter der Angst vor dem wachsenden Unmut während des 1. Weltkrieges kam es zu Anfängen im Mietrecht, welches dann in der 1. Republik noch verstärkt wurde. Im Bildungswesen wurde die Macht der kaiserlichen Verwaltung

dungswesen sowie Sport und Freizeit. Hinzu kam ein geistiges Klima, das den Mief des Konservatismus hinwegschleuderte und in Kultur, Kunst und Wissenschaft zu großartigen Leistungen führt. Acht Nobelpreise zeugen davon ebenso wie unsterbliche Werke von u.a. Kafka, Roth, Zweig, Werfel, Schnitzler, Schönberg, Lehar, Koschka, Loos, Schüttele-Lihotzky und vielen mehr.

rInnenklasse eingeführt wurde, steht heute nicht auf der Abschussliste der Regierung. Statt acht sollen wir 12 Stunden pro Tag arbeiten. Statt Kollektivverträgen soll wieder der/die Einzelne dem Unternehmen gegenüber stehen. Überhaupt sollen alle Elemente der Mitbestimmung der Beschäftigten – die ohnehin sehr beschränkt sind – abgeschafft werden. Auch das Mietrecht will die Regierung aufweichen und Versicherungen sollen wieder dem privaten Markt überlassen werden. Kurz und Strache haben die Ärmel hochgekrempelet, um den „revolutionären Schutt“ zu beseitigen. Das betrifft soziale ebenso wie demokratische Rechte – mit allen negativen Folgen für das Leben der Mehrheit in diesem Land. 100 Jahre nach 1918 geht es deswegen heute darum, die Fäden der ausgebremsten Revolution wieder aufzugreifen und diese endlich zu vollenden. Denn anders werden die Errungenschaften von 1918 auf Dauer nicht zu verteidigen sein.

Sonja Grusch

*Schwarz-Blau ist dabei, den „revolutionären Schutt“ von 1918 zu beseitigen.*

Zum 100. Jahrestag amtiert in Österreich eine ÖVP-FPÖ Koalition. Beide Parteien stehen in der Tradition jener, denen schon die Gründung der Republik mit ihren bürgerlich-demokratischen Rechten zu weit ging. Doch deren reaktionäres Weltbild war durch die revolutionäre Welle, die über Europa in Folge des Völkermordes des 1. Weltkrieges hereinbrach, gewaltig in der Defensive.

der Arbeiterkammer (als Instrument gegen die von den ArbeiterInnen selbst organisierten Räte). Unmittelbar nach der Ausrufung der Republik waren Bürgerliche und die kapitalistische Klasse auch gezwungen, einer Reihe von weitreichenden Sozialreformen zuzustimmen: 8-Stundentag, Betriebsräte, Arbeitslosenversicherung und Pensionen, Einführung eines Urlaubsanspruchs für Beschäftigte, die Anerken-

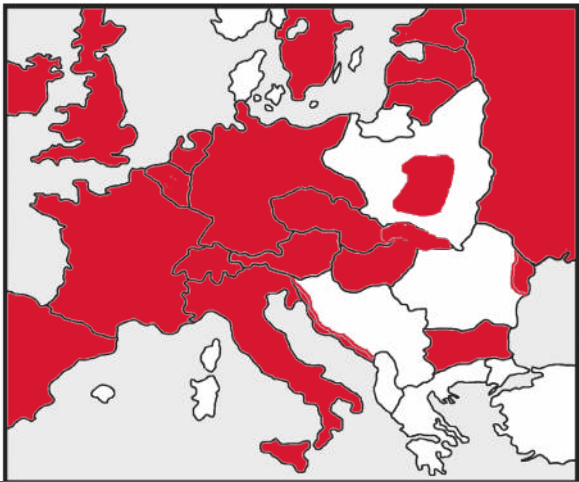
durch pädagogische ExpertInnen ersetzt, Mädchen bekamen erstmals Zugang zu öffentlichen höheren Schulen. Ziel war, dass alle Kinder unabhängig von Geschlecht und sozialer Lage Zugang zu optimaler Bildung erhalten sollen.

**Insbesondere** im Roten Wien gingen die Reformen noch viel weiter, umfassen auch Kinderbetreuung, Sexualaufklärung, Gesundheits- und Bil-

**Für das Kapital** und seine politische Vertretung war all das „revolutionärer Schutt“. Und sobald sich die Kräfteverhältnisse änderten, ging man auch daran, diesen zu beseitigen. Das geschah, indem Reformen einfach wieder zurückgenommen wurden, oder auch, indem man auf Diktatur und Faschismus setzte. Zwar wurde vieles nach 1945 wieder eingeführt, doch wenn man die Liste der obigen Sozialreformen ansieht, kommt einem sehr viel aus der aktuellen politischen Debatte bekannt vor. Kaum eine Maßnahme, die damals zur Verbesserung der Lage der Arbeit-

**Revolutionäres Europa 1917–1923**

Länder und Regionen in Zentraleuropa mit Generalstreiks, Rätebewegungen und Räterepubliken:

**Zeitreihe Erste Republik**

- **1918:** 14.–22.1. „Jännerstreik“ mit ca. 1 Million ArbeiterInnen, es bilden sich Räte.
- **1.2.:** Aufstand der Matrosen in Cattaro (heute: Kotor)
- **30.10.:** Die provisorische Nationalversammlung beschließt eine provisorische Verfassung. Renner konstituiert die erste Konzentrationsregierung
- **3.11.:** Gründung der KPÖ
- **9.11.:** Novemberrevolution in Deutschland
- **12.11.:** Ausrufung der Republik. 150.000 demonstrieren vor dem Parlament.
- **27.11.:** Einführung des allgemeinen freien Wahlrechts, auch für Frauen
- **1919:** 16.2. Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung. Koalition zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokratie.
- **1.–2.3.:** Erste Reichskonferenz der österreichischen ArbeiterInnenräte
- **21.3.:** Ausrufung Ungarische Räterepublik
- **7.4.:** Ausrufung Münchner Räterepublik
- **1920:** 12.5. Gründung der ersten „Heimwehr“ in Tirol
- **17.10.:** Erste Nationalratswahl. Die Christlichsozialen werden stärkste Partei und formen eine Alleinregierung.
- **1923:** 19.2. Gründung des Republikanischen Schutzbundes.
- **2.4.:** „Schlacht auf dem Exelberg“ in Wien: 300 Nazis schießen auf 90 sozialdemokratische ArbeiterInnen.
- **November 1924:** Auflösung der letzten ArbeiterInnenräte durch die SDAP
- **1927:** 30.1. In Schattendorf, Burgenland, töten Heimwehler ein Kind und einen Kriegsinvaliden.
- **14.7.:** Urteil im Schattendorfer Prozess: Freispruch für die Mörder.
- **15.7.:** Generalstreik in Wien. Brand des Justizpalastes. Die Wiener Polizei tötet ca. 90 DemonstrantInnen.
- **1929:** 24.10. Ausbruch der Weltwirtschaftskrise.
- **7.12.:** Eine Verfassungskonvention gibt dem Bundespräsidenten diktatorische Durchgriffsrechte (noch heute gültig).
- **18.5.1930:** Die vereinigten Heimwehren schwören den „Korneuburger Eid“ und erklären Marxismus und Demokratie den Krieg.
- **24.5.1931:** Höhepunkt der Bankenkrise in Österreich: Zusammenbruch der Credit-Anstalt
- **1933** Februar: Die Arbeitslosigkeit erreicht den Höchststand von 600.000.
- **4.3.:** Ausschaltung des Parlaments, Beginn der Dollfuß-Diktatur
- **31.3.:** Verbot des Schutzbundes
- **27.5.:** Verbot der KPÖ
- **23.9.:** Verordnung zur „Errichtung von Anhaltelagern zur Internierung politischer Häftlinge“.
- **12.2. 1934:** Beginn des ArbeiterInnenaufstands gegen den Austrofaschismus.



**Dass 1918** ein revolutionäres Jahr werden würde, zeichnete sich schon zu Jahresbeginn ab: Am 14. Jänner traten FabrikarbeiterInnen in Wiener Neustadt in den Streik – und ihre KollegInnen im ganzen sterbenden monarchistischen Staat schlossen sich ihnen

hatten sie gelernt, einen riesigen Parteiapparat von oben zu manövrieren – und genau so sollte auch der Sozialismus kommen: von oben, durch kluge Reformen der Parteiführung. Die ArbeiterInnenklasse hielten sie für dazu nicht in der Lage. Die Parteispitzen hatten auch beträchtliche Privilegien angesammelt – und nun akzeptierten die Christlichsozialen und Deutschnationalen, ja sogar die Habsburger, sie endlich notgedrungen im Club der Privilegierten. Ihre Aufforderungen zu Ruhe, Ordnung und Besonnenheit in dieser chaotischen Zeit stießen auch bei Teilen der ArbeiterInnenklasse auf offene Ohren, die sich nach den vierjährigen Strapazen nach etwas Stabilität sehnten. So konnte die Sozialdemokratie den Jännerstreik 1918 bändigen, aber der Zerfall der Monarchie ließ sich nicht aufhalten.

**Die Massen wollten 1918**

**„die sozialistische Republik“.**

an: Bis 22. Jänner streikten in Wien, Niederösterreich, Oberösterreich, der Obersteiermark, Krakau, Brünn und Budapest knapp eine Million. Auslöser war eine erneute Kürzung der Mehlrationen als Folge des zermürbenden Krieges gewesen. Doch es ging den ArbeiterInnen nicht nur ums Mehl. Sie streikten v.a. in Solidarität mit der Revolution in Russland: dort hatten die ArbeiterInnen mit ihrer revolutionären Partei, den Bolschewiki, die Macht selbst in die Hand genommen. Sie begannen, das Land unter den armen Bauern aufzuteilen, die Fabriken selbst zu führen und über die Geschicke des Landes selbst in Räten zu bestimmen – und sie wollten Frieden. Die österreichischen ArbeiterInnen hörten die Appelle der Bolschewiki, sich ebenfalls von ihren eigenen UnterdrückerInnen zu befreien, anstatt sich weiter für sie abschlagen zu lassen.

Sie wählten Räte, nach russischem Vorbild. Ebenso häuften sich an der Front Meutereien und Rebellionen wie im Marine-

hundertlang wurden sie von Wien aus unterdrückt, doch nun sollte Schluss damit sein.

Trotz ihrer Dominanz über die ArbeiterInnenbewegung wurde die sozialdemokratische Partei (SDAP) völlig überrumpelt. Die Führung versuchte alles, um die Lage in den Griff zu bekommen. Noch während des Jännerstreiks trafen sich die Parteiführer Victor Adler, Karl Renner und andere heimlich zu einer Konferenz im Außenministerium mit Baron Flotow. Dort bedauerten sie die Ausbreitung der Streikbewegung und sprachen von der Revolution als einer „Gefahr, vor der wir alle stünden“.

Warum handelte die Parteiführung so? Viele von ihnen verstanden sich ja tatsächlich als SozialistInnen. Doch für sie war die bürgerliche Republik eine nötige Vorstufe zum Sozialismus. Sie erklärten sich zwar in Worten mit den Bolschewiki solidarisch, doch eine sozialistische Revolution hielten sie für unmöglich oder zu gefährlich. In den letzten Jahrzeh-

ten hatten sie gelernt, einen riesigen Parteiapparat von oben zu manövrieren – und genau so sollte auch der Sozialismus kommen: von oben, durch kluge Reformen der Parteiführung. Die ArbeiterInnenklasse hielten sie für dazu nicht in der Lage. Die Parteispitzen hatten auch beträchtliche Privilegien angesammelt – und nun akzeptierten die Christlichsozialen und Deutschnationalen, ja sogar die Habsburger, sie endlich notgedrungen im Club der Privilegierten. Ihre Aufforderungen zu Ruhe, Ordnung und Besonnenheit in dieser chaotischen Zeit stießen auch bei Teilen der ArbeiterInnenklasse auf offene Ohren, die sich nach den vierjährigen Strapazen nach etwas Stabilität sehnten. So konnte die Sozialdemokratie den Jännerstreik 1918 bändigen, aber der Zerfall der Monarchie ließ sich nicht aufhalten.

In die Risse, die der Staat an allen Ecken und Enden bekam, stießen die „Arbeiter- und Soldatenräte“ vor. Sie organisierten die Verteilung von Lebensmitteln, kämpften gegen Schleichhandel und Schwarzmarkt, wiesen Wohnungen zu und kontrollierten die Produktion. Doch hier zeichnete sich eine zentrale Frage ab: Sollten die Räte weiterhin nur Aufgaben erledigen, die der zerfallende Staat nicht mehr übernehmen konnte, bis er sich wieder aufrappelte – oder sollten sie, wie in Russland, selbst die Macht übernehmen?

Die Antwort der SDAP-Führung war klar – und sie konnte auf ihren immer noch fast ungebrochenen

# 8: Revolution

Einfluss in den Gewerkschaften und Räten vertrauen. Die radikalen Linken, die wie die Bolschewiki „Alle Macht den Räten!“ forderten, waren zu wenig und zu unerfahren. Im Verlauf von 1918 wurden die Räte immer mehr rein administrative Strukturen und immer weniger zu Kernen einer radikal anderen Gesellschaft. Auch das Level sozialer Kämpfe

to Bauer noch einmal: „Die Massen sind von Ungeduld erfüllt, die Massen meinen, es sei Zeit, weiterzugehen und die zunächst rein politische Revolution weiterzuführen zu einer sozialen“, wogegen sich Bauer jedoch ausgesprochen verwehrt. Die weitreichenden sozialen Verbesserungen, die mit der Einführung der Republik beschlossen wurden, waren somit nicht das

Die „bolschewistischen“ Wellen, vor denen Seipel und sein sozialdemokratischer Koalitionspartner zitterten, schwappten in der Tat 1918/19 über ganz Europa: Von der ungarischen Räterepublik bis zum Sowjet in Belfast, von der Bremer Räterepublik bis zu den „zwei Roten Jahren“ in Italien. Ein sozialistisches Europa war in diesen Jahren greifbar nahe – und damit ein völlig anderer Verlauf der Geschichte. Die SDAP entschied sich jedoch, den Kapitalismus zu retten, indem statt des Kaisers nun ein bürgerliches Parlament dieses ausbeuterische und zerstörerische System verwalten sollte. Der Sozialismus wurde auf eine ferne Zukunft verschoben. So wurde Österreich zum Sargnagel der internationalen Revolution. Statt eine revolutionäre Brücke zwischen München und Budapest aufzubauen, ließ man diese Revolutionen im Stich – obwohl sie um Hilfe aus Wien flehten. Die Folgen waren verheerend: In Russland wurde die Revolution isoliert und mutierte zur stalinistischen Diktatur. Auf dem gebrochenen Rücken der europäischen Revolutionen konnten sich in Ungarn, Italien und nicht zuletzt Deutschland und Österreich die faschistischen Bewegungen aufbauen. Das kapitalistische Wirtschaftssystem, weit entfernt davon, sich von klugen SozialdemokratInnen human steuern zu lassen, erlitt bereits 1929 den nächsten Kollaps und bereitete den Weg in die faschistische Barbarei.

Sebastian Kugler

## Österreich war der Schlüssel zur internationalen Revolution – und ihr Sargnagel.

erreichte in der Folge nicht mehr jenes des Jännerstreiks.

Auslöser für den endgültigen Zusammenbruch der Monarchie war folglich auch nicht die Rätebewegung, sondern die militärischen Niederlagen und die Unabhängigkeitsbewegungen der nichtdeutschen Nationen im Habsburgerreich. Der Kollaps vollzog sich im Herbst 1918. Am 21. Oktober konstituierte sich die provisorische Nationalversammlung durch die drei großen Parteien – Sozialdemokratie, Christlich-Soziale und Deutschnationale. Bis kurz vor ihrer Ausrufung war die Republik nicht auf der Tagesordnung. Sie erfolgte als hastige Reaktion der Parteien auf eine Situation, die ihnen zu entgleiten drohte. Denn der Kollaps der Monarchie feuerte die revolutionären Tendenzen noch an. Auf dem Parteitag der SDAP am 31. Oktober und 1. November 1918 warnte Ot-

Werk gütiger DemokratInnen – sondern Nebenprodukte einer abgebrochenen Revolution.

**Einen Monat** später wendete sich Ignaz Seipel, selbst Minister des letzten kaiserlichen Kabinetts und zentrale Persönlichkeit der Christlich-Sozialen, in einem viel-sagenden Brief an einen deutschen Kollegen:

„Die Gefahr, dass die bolschewistischen Wellen zu uns hereinschlagen, war groß. So blieb nichts übrig, als dass der Kaiser zwar nicht abdankte, aber sich doch von den Regierungsgeschäften zurückzog, und die provisorische Republik proklamiert wurde. Die Parteikoalition blieb bis zur Stunde aufrecht, keinerlei nennenswerte Unruhe störte die bürgerliche Ordnung, aber wir leben in der ständigen Gefahr, dass die Berliner und Münchener Neuordnung auf uns übergreifen.“

## Marx aktuell

**Noch heute wird** oft wehmütig auf die scheinbar gloriose Vergangenheit der Sozialdemokratie geblickt. Dabei wird, etwa in Materialien der Sozialistischen Jugend, deren damaliges ideologisches Vehikel, der „Austromarxismus“, als scheinbare Alternative zu revolutionärem Marxismus und opportunistischem Reformismus verklärt.

Dabei gab und gibt es „den“ Austromarxismus nicht. Der Austromarxismus war keine einheitliche marxistische Strömung. Tatsächlich gab es ein weites Spektrum von Ansätzen, von Experimenten mit Rätedemokratie bis zu Sozialismusvorstellungen, die nicht einmal eine Umwälzung der Produktionsweise einschlossen. Dieses Spektrum stellte die Spannweite der Reaktionen der Parteibürokratie auf eine Situation sozialer Spannungen dar. Denn die So-

## Austromarxismus: Eine Alternative?

zialdemokratie wollte einerseits eine Revolution verhindern, was auch ihr Kopf Otto Bauer nie leugnete. Andererseits wollte sie aber auch das Gespenst der Revolution am Leben erhalten, um Verhandlungsgewicht mit bürgerlichen Kräften zu haben und die ArbeiterInnen an sich zu binden. Theorie diente der nachträglichen Rechtfertigung der Aktionen der Sozialdemokratie – ein Beispiel hierfür ist Otto Bauers Theorie des »Gleichgewichts der Klassenkräfte«, die von ihm nachträglich aufgestellt wurde, um die reformistischen Reaktionen der sozialdemokratischen Parteiführung auf die durchaus revolutionäre Situation zu rechtfertigen.

**Was die** austromarxistischen DenkerInnen jedoch gemeinsam hatten, war, dass sie den Sturz des bürgerlichen Staates klar ablehnten – ihr rechter Flügel rund um Karl Renner leugnete sogar von Anfang an den Klassencharakter des bürgerlichen Staats. Doch auch der linke Flügel rund um Max Adler, der rätedemokratische Elemente befürwortete, wollte diese lediglich mit dem bürgerlichen Staat verbinden. Wenn es nach Otto Bauer ging, würde »der Sozialismus selbst aus der Tatsache der Demokratie kommen, denn die Demokratie [...] schlägt von selbst zum Sozialismus um.« Dies ist eine vollständige Verklärung des Klassencharakters des bürgerlichen Staates. Es wird suggeriert, dass Wahlen in diesem Rahmen seinen eigenen Rahmen sprengen und letztendlich die Macht des Bürgertums brechen könnten. Ein fataler Irrtum, denn zur Not greifen die KapitalistInnen selbst auf undemokratische und diktatorische Mittel zurück – genau das mussten die AustromarxistInnen im Februar 1934 selbst miterleben. Der gescheiterte Februaraufstand stellte gleichzeitig den Höhepunkt des Verrats durch den „Austromarxismus“ sowie dessen komplettes Scheitern dar.

Leon Neureiter

## Zum Weiterlesen

**Sozialistische LinksPartei (Hrsg.):**

„Wir gehen nicht zurück“ – 80 Jahre Februaraufstand

Die Broschüre beinhaltet eine Analyse des Austromarxismus und den Text von Leo Trotzki: „Die österreichische Krise, die Sozialdemokratie und der Kommunismus“.



Justizpalast, November 2018: Noch immer prangt über dem Portal der Doppelkopfadler, das Wappentier des austrofaschistischen Ständestaats

# 1918–34: Zurückweichen, bis man an der Wand steht

Zu keinem Zeitpunkt glaubte die Sozialdemokratie daran, dass die ArbeiterInnenbewegung einer entscheidenden Auseinandersetzung mit dem Bürgertum gewachsen ist. Anstatt die mächtige revolutionäre Bewegung in Österreich 1918 an die Macht zu führen, suchte sie einen Kompromiss mit dem extrem geschwächten Bürgertum: Herausgekommen ist die Republik Deutsch-Ös-

Juden und Soldatenräten. In Kärnten wurde mit Hülgerth ein späterer Vizekanzler des Austrofaschismus Landesbefehlshaber der Volkswehr. Sobald die SDAP aus der Bundesregierung ausschied, organisierte die bürgerliche Koalition das Heer neu, inklusive ideologischer Säuberung, und machte es zu einem zentralen Instrument für die spätere Machtergreifung des Faschismus.

Bürgertum als Instrument zur Umsetzung seiner Angriffe nutzt.

Im „Roten Wien“ setzte die SDAP zwar ein beispielloses Wohnbau-, Bildungs- und Sozialprogramm um, das u.a. durch Luxussteuern finanziert wurde. Sie verzichtete aber darauf, die kapitalistischen Besitzverhältnisse anzugreifen. Die revolutionären Floskeln des Linzer Programms (1926)

„Heimwehren“ nach dem Mord an einem Kind und einem Invaliden, die an einer Schutzbund-Demonstration teilgenommen hatten, freigesprochen wurden, ließ sich die Basis nicht mehr beschwichtigen: Spontan breitete sich eine Streikbewegung aus, am 15. Juli fand eine Massendemonstration statt. Dabei ging der Justizpalast, Symbol der bürgerlichen Klassenjustiz, in Flammen auf. Die Polizei schoss in die Menge, 89 Menschen starben, 1.100 wurden verletzt.

Diese Explosion von Wut auf das herrschende System hätte einen neuen Aufschwung der ArbeiterInnenbewegung bringen können. Doch es fehlte eine Organisation, die die Wut aufzufangen und kanalisiert hätte. Die SDAP verriet den Aufstand und setzte Schutzbund-Einheiten ein, um die „Ordnung“ wiederherzustellen. Die KPÖ hatte es nie geschafft, sich eine Basis in der ArbeiterInnenklasse aufzubauen. Zudem war sie in dieser Zeit bereits hauptsächlich damit beschäftigt, Stalins aus Moskau diktiertem Zickzack-Kurs zu folgen. Die Linken in der SDAP waren zu schlecht organisiert und es fehlte die politische Klarheit, um in dieser Situation ein Aktionsprogramm vorstellen zu können. Die aufkommende linke „Jung-

Opposition“ um Ernst Fischer scheute davor zurück, um die politische Führung der Partei und ein revolutionäres Programm zu kämpfen. Die Wut verpuffte, die Opfer waren umsonst, Frustration machte sich breit.

Die Weltwirtschaftskrise 1929, Massenarbeitslosigkeit und Armut schwächten die Kampfkraft der ArbeiterInnenbewegung. Um den Kapitalismus zu retten, wollte das Bürgertum nun endgültig Schluss machen mit dem „Roten Wien“, den Arbeitsschutzgesetzen und der organisierten ArbeiterInnenbewegung.

Die SDAP dagegen wollte die Christlichsozialen immer noch von den Vorteilen eines Rechtsstaates überzeugen. Sie pffiff die Basis bei jedem Protest gegen Provokationen der Regierung zurück. Selbst nach der Ausschaltung des Parlaments 1933 versuchte sie, mit Dollfuß zu verhandeln und zu diskutieren, statt die Massen auf die Straßen zu mobilisieren. Als die eigene Parteibasis am 12. Februar 1934 bewaffnet gegen die faschistische Machtübernahme kämpfte, ließen sich führende Funktionäre in Schutzhaft nehmen, hielten die Schutzbund-Waffen versteckt geheim und verweigerten die Führung des Aufstands.

Flo Klabacher

## Wie Zögern und Zaudern der sozialdemokratischen Führung in den Untergang führten.

terreich. Die herrschende Klasse nahm dankend an.

Doch jeden Spielraum, den ihr die SDAP (Vorgängerin der SPÖ) gab, um ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit zu unterstreichen, nutzte das Bürgertum, um seine Machtposition zu stärken und die ArbeiterInnenbewegung zurückzudrängen. Beispiel Militär: Das sozialdemokratisch geführte Ministerium für Heereswesen organisierte die Volkswehr als erstes Heer der Republik und ernannte den Erzreaktionären von Boog zum Oberbefehlshaber – von Boog organisierte abseits der Volkswehr geheime Offiziersregimenter, unter Ausschluss von

Dass die „Christlichsoziale Partei“ (Vorgängerin der ÖVP) kein Interesse an Zusammenarbeit und Republik hatte, machte sie klar, sobald sie sich sicher im Sattel fühlte – und mit Mussolinis Unterstützung ihre „Heimwehren“ aufbaute. Daraufhin gründete die SDAP mit dem „Republikanischen Schutzbund“ auch eine bewaffnete Organisation. Der Name ist Programm: Die Antwort auf faschistische Umtriebe und den Abbau demokratischer Rechte war keine Offensive mit dem Ziel der Übernahme der Macht durch die ArbeiterInnenbewegung – sondern die Verteidigung ebenjenes Staates, den das

blieben Papiertiger. Provokationen von Angriffen auf soziale und gewerkschaftliche Rechte bis hin zu faschistischen Morden an sozialistischen AktivistInnen häuften sich. Doch die SDAP-Führung hielt die Füße still und verzichtete darauf, die empörte Stimmung in der ArbeiterInnenklasse zu nutzen und in die Offensive zu gehen. Sie mied die Konfrontation, beschwichtigte die eigene Basis, bremste Widerstand aus und wich Schritt für Schritt zurück. Das Bürgertum fühlte sich dadurch bestärkt und ging immer mehr in die Offensive.

Als 1927 Mitglieder der paramilitärischen, faschis-

## Universität: ArbeiterInnenkinder unerwünscht

**Der Klassenkampf** von oben wird von der schwarz-blauen Regierung auch im Bildungsbereich geführt. Mit dem nächsten Wintersemester werden an Universitäten weitere Zugangsbeschränkungen für gewisse Studienrichtungen eingeführt. Schon Anfang des Jahres wurde beschlossen, dass berufstätige Studierende nicht mehr von Studiengebühren befreit sind, wenn sie die Toleranzsemester aufgebraucht haben

All diese Maßnahmen treffen vor allem Studierende aus der ArbeiterInnenklasse. So müssen jetzt schon doppelt so viele Studierende neben aus ArbeiterInnen-Familien neben dem Studium arbeiten, als Studierende aus AkademikerInnen-Haushalten. Viele sind dazu gezwungen, neben dem Studium zu arbeiten, um sich finanziell über Wasser zu halten. Zu dieser sowieso schon doppelten Belastung kommen jetzt noch Studiengebühren dazu. Ärmere Studierende sind dadurch bedroht das Studium abbrechen zu müssen, wenn die Gebühren nicht leistbar sind. Zugangsbeschränkungen bedeuten noch einmal zusätzliche Hürden für Studierende aus ärmeren Verhältnissen. Denn ihnen fehlt oft das Geld und die Zeit für teure Vorbereitungskurse, um die Aufnahmetests zu schaffen.

Die Regierung will Universitäten noch elitärer gestalten, als sie ohnehin schon sind. Während bei uns der Rotstift ange setzt wird, werden elitäre, deutschnationale Burschenschaften mit Förderungen überhäuft. Allein in diesem Jahr 40.000€ aus der Bundesjugendförderung. Während viele von uns dazu gezwungen sind neben dem Studium zu arbeiten, zahlt ihnen der reiche Vater das Studium. Und wie setzt sich die ÖH, die Interessenvertretung der Studierenden, gegen diese Verschlechterungen zur Wehr? Gar nicht. Stattdessen redet Johanna Zechmeister vom ÖH-Vorsitz von der „guten Zusammenarbeit“ mit der Regierung in einem Interview mit der „Presse“ und bezeichnet Minister Faßmann als „sehr konstruktiv“ (Die Presse, 21.9.2018).

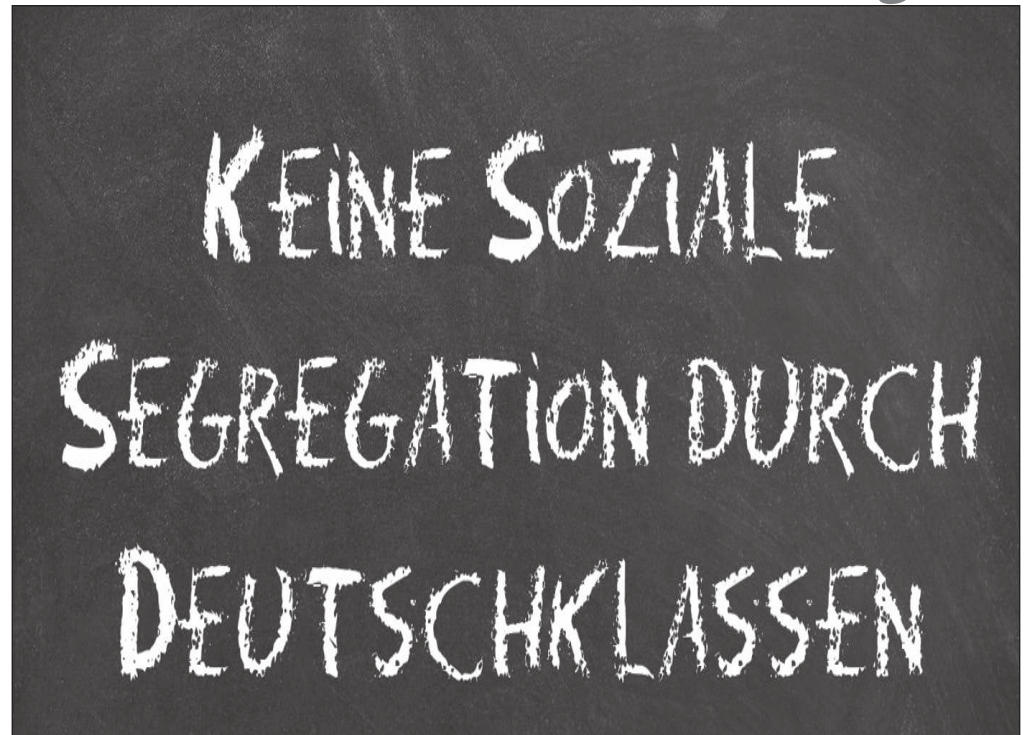
**Was notwendig ist**, um diese Angriffe der Regierung zurückzuschlagen, ist die Selbstorganisation von Studierenden und ein gemeinsamer Kampf für Universitäten für alle. Damit solch ein Kampf erfolgreich ist, muss er mit anderen Bewegungen gegen die Regierung vernetzt werden. Nur ArbeiterInnen und Studierende gemeinsam können die Angriffe der Regierung abwehren.

Nicolas Prettnner

## „Ein Programm in die gesellschaftliche Auseinandersetzung bringen“

**Bevor ich** der SLP beigetreten bin, fanden die Donnerstagsdemos gegen die erste schwarz-blaue Regierung statt. So wie im Jahr 2000 stellt sich auch jetzt die Frage, wie die Angriffe von ÖVP und FPÖ zurückgeschlagen werden können. Die SLP stellte damals ein Programm auf, vom Aufbau von Basiskomitees in Betrieben und Nachbarschaft bis zum Generalstreik und zum Sturz der Regierung. So wurde klar gesagt, was

notwendig ist, um die Regierung zu stoppen. Das hat mich angesprochen, und rund um die großen Streiks 2003 trat ich der SLP bei. Mit der SLP habe ich dann gegen radikale AbtreibungsgegnerInnen protestiert, mich bei den größten Studierendenprotesten um 2010 bei #unibrennt eingebracht und mich bei der Flüchtlingsbewegung für die rechtliche Gleichstellung aller hier lebenden Menschen eingesetzt. Wie in den Kämpfen



## „Deutschklasse“ im Alltag

**Im SLP-Büro** läutet das Telefon. An der Leitung eine junge Frau, die uns berich-

sich, was los ist und geht in die Schule. Dort stellt sie fest, dass ihre Tochter in

Erst als die Mutter nachhakt und mit dem zuständigen niederösterreichischen Landesschulinspektorat droht, lenkt die Direktorin ein. Die Tochter „darf“ in der Regelklasse bleiben. Der Mutter wird vermittelt, sie solle das aber für sich behalten, damit andere Eltern ihrem Beispiel nicht folgen.

*„Warum werde ich von den anderen Kindern getrennt?“, fragt eine Sechsjährige zwei Tage nach Schulbeginn.*

tet, was ihr und ihrer Tochter passiert ist. Die Sechsjährige hatte sich auf die Schule gefreut. Am dritten Schultag fragt sie die Mutter, warum sie in eine andere Klasse muss als ihre Kindergartenfreundinnen. Die Mutter beruhigt sie, es gehe wohl nur um Fächer, wo die Klasse aufgeteilt wird. Am nächsten Tag dieselbe Frage. Die Mutter wundert

eine „Deutschklasse“ gesteckt wird. Das alles erzählt sie am Telefon in perfektem Deutsch. Sie hat „Migrationshintergrund“ in der 3. Generation, ist hier aufgewachsen, zur Schule gegangen und arbeitet hier. Aber sie hat einen türkischen Namen. Die Tochter ist ein bisschen schüchtern, kann dem Unterricht aber problemlos folgen.

**Deutschklassen 2018:** Trennung von Kindern aufgrund ihrer Namen? Ihrer Hautfarbe? Ihrer Religion? Eltern, die sich dagegen wehren, fürchten sich vor negativen Folgen für das Kind. Die Regierung aber spaltet und trennt um jeden Preis!

## Kämpferinnen des Monats



**Von 22.-24. Oktober** streikten in Glasgow, Schottland über 10.000 Arbeiterinnen. Ihre Forderung: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Unterstützt wurden sie dabei von der Gewerkschaft Unison, in deren Glasgower Organisation die SozialistInnen unserer Schwesterorganisation Socialist Party Scotland eine zentrale Rolle spielen.

Georg Kumer, 39,  
Chemielaborant



# Tschechien: Land der Widersprüche

**Knapp 30 Jahre** nach der Wiedereinführung des Kapitalismus in Tschechien ist sein ideologisches Fundament so brüchig wie noch nie. Bei den Wahlen 2017 erreichten die offen neoliberalen Parteien nicht einmal 30% der Stimmen. Auch die Sozialdemokratie CSSD und die „kommunistische“ KSCM stürzten fast auf die 5%-Hür-

KSCM macht damit den nützlichen Idioten für den nationalistischen Anti-Migrationsflügel der Eliten. Dieser Rassismus von oben gibt der von der AfD und der FPÖ inspirierten rechtspopulistischen „SPD“ Rückenwind.

Die politische Lage ist Ausdruck der widersprüchlichen Entwicklungen, die das wirtschaftliche Wachstum

ro brutto – immer noch die Hälfte verglichen mit dem deutschen Mutterkonzern VW. Die Situation in der Autoindustrie zeigt jedoch auch die brüchige Grundlage des Aufschwungs: Tschechien hat sich in den letzten Jahren als Niedriglohnbasis für die EU etabliert. Manche bezeichnen es als „17. Bundesland“ von Deutschland.

um 50% auf 470 Euro – ein Ausdruck des Mangels an Arbeitskräften – und hob das Einfrieren der Löhne im öffentlichen Dienst auf. Das ist nur möglich aufgrund des Wachstums.

**Dennoch wächst** die Kluft zwischen Profiten und Löhnen. Während das BIP nominal fast um 40% höher ist als 2009, sind die Löhne nur um 25% gewachsen. Das zeigt: Der Aufschwung kommt vor allem den Reichen zugute. Fast eine Million Menschen (10%) lebt an der Armutsgrenze. Deswegen gibt es trotz des Aufschwungs große Enttäuschung über die nicht erfüllten Hoffnungen nach der Wiedereinführung des Kapitalismus. Viele, die keine Chance sehen, ihre Situation durch soziale Kämpfe zu verbessern, bauen deswegen auf die rechtspopulistische SPD, um ihre Angst und Wut auszudrücken – vor allem in vernachlässigten ländlichen Regionen. Andererseits müssen hunderttausende MigrantInnen aus der Ukraine und anderen ärmeren osteuropäischen Ländern unter furchtbaren Bedingungen arbeiten und leben, diktiert durch Arbeitsagenturen unter der Aufsicht staatlicher Behörden.

Aber auch die Bereiche, wo sich Widerstand regt, werden mehr. Eine Situation wie bei Skoda existiert auch in anderen Unternehmen. Bildungs- und Gesundheitssystem sind unterfinanziert und die Beschäftigten in diesen Bereichen überarbeitet – und wütend. Die Mieten in Prag sind nun um 10-20% teurer als in Berlin, und wir sehen immer mehr lokalen Protesten gegen Immobilienhaie. Die Jugend lehnt das alte korrupte System der letzten 30 Jahre ab und ist angewidert vom Rassismus, Sexismus und der Homophobie der politischen Parteien.

Dieser explosive Mix schafft große politische und soziale Spannungen. MarxistInnen können die Kristallisationspunkte von Protest ausweiten, radikalisieren und eskalieren – und sie zu generalisierten Massenbewegungen vereinen. In solchen Bewegungen können wir die notwendige Kraft aufbauen, um den Kapitalismus zu stürzen und eine demokratische sozialistische Gesellschaft aufzubauen, ohne den Horror der bürgerlichen Herrschaft oder jenem der stalinistischen Bürokratie.

**Petr Jindra,**

Socialistická alternativa  
Budoucnost  
[www.levice.cz](http://www.levice.cz)

## Steigendes Selbstvertrauen der Beschäftigten und wachsende reaktionäre Bewegungen: Ein explosiver Mix.

de ab. Großer Sieger war mit knapp 30% die Partei „ANO 2011“ („Aktion unzufriedener BürgerInnen“). Die Partei präsentiert sich als „Protestbewegung“ – wurde aber gegründet und finanziert vom Unternehmer und Milliardär Andrej Babiš. Sie punktet, ähnlich wie die „5 Sterne“ in Italien, durch oberflächliche und nach rechts offene Anti-Establishment-Rhetorik. ANO 2011 stützt sich auf jene Teile der Eliten, die zwischen der EU und den westlichen Staaten auf der einen Seite, und Russland/China auf der anderen Seite balancieren. Die aktuelle Regierung ist eine unheilige Allianz von ANO 2011 und der CSSD – mit Unterstützung der KSCM. Die

einerseits und die trotzdem enttäuschten Hoffnungen in den Kapitalismus andererseits hervorbrachten. Im April 2018 gab es erstmals mehr offene Stellen als offiziell Arbeitslose. Die Arbeitslosigkeit lag im September bei 3%, der niedrigste Wert in Europa. Das stärkt das Selbstvertrauen von breiten Schichten der Beschäftigten. Zu ihnen gehören nun auch vermehrt Frauen und Roma – nach einer ganzen Generation mit Arbeitslosigkeit, Armut und Leben am Rand der Gesellschaft. So erreichten etwa die Beschäftigten von Skoda durch die Androhung eines unbefristeten Streiks 20% Lohnerhöhung. Der Lohn bei Skoda liegt nun bei 1.900 Eu-

Der Mangel an Arbeitskräften zwingt die KapitalistInnen einerseits, höhere Löhne zu gewähren und stärkt die Gewerkschaften – andererseits verstärkt er den Ruf nach billigen Arbeitskräften aus der Ukraine, Slowakei, Polen etc. Die größte Gewerkschaft CMKOS wuchs letztes Jahr um 14.000 Mitglieder. Die Gewerkschaftsführung führt zwar Kampagnen gegen Billigjobs und Billiglöhne oder für Arbeitszeitverkürzung, jedoch ohne wirkliche Mobilisierungen und Streiks. Doch die Furcht vor der ArbeiterInnenklasse bringt die Herrschenden dazu, wie bei Skoda vorausseilend Zugeständnisse zu machen: So erhöhte die Regierung den Mindestlohn

## BRD: Rechtsruck oder Polarisierung?

In den letzten Jahren galt die deutsche Regierung oft als Hort der Stabilität. Aber jetzt rutscht auch die Bundesrepublik immer stärker in eine politische Krise. Die Bundestagswahlen 2017 brachten den Einbruch der ehemaligen Großparteien SPD bzw. CDU/CSU. Der Trend setzt sich auch bei den Landtagswahlen in Bayern und Hessen fort. Die etablierten Parteien verlieren, während die AfD in Parlamente und Landtage einzieht. Aber auch in der tagtäglichen Regierungsarbeit fällt die große Koalition vor allem durch interne Streitigkeiten und verzweifelte Machterhaltung auf. Alle Maßnahmen gegen soziale Missstände wie explodierende Mietpreise oder Personalmangel im Krankenhaus reichen nicht, um weitere Verschlechterungen aufzuhalten. Gleichzeitig verdunkeln sich auch die Aussichten für die Wirtschaft. Vor kurzem betonte der Chef des Bundesverbandes der deutschen Industrie, man solle sich „auf den Abschwing der Konjunktur gefasst machen. Deshalb müssen wir jetzt vorsorgen.“. Vorsorge des Kapitals bedeutet für die Mehrheit Angriffe auf Arbeitsbedingungen, Löhne und Sozialleistungen.

Aber im Spätsommer und Herbst gab es auch eine beeindruckende Wel-

le an Protesten. Einige Höhepunkte waren mehrmals 40.000 Menschen in München gegen Rassismus und neue Polizeigesetze, 25.000 in Berlin für leistbaren Wohnraum, 65.000 in Chemnitz gegen rechte Gewalt, über 50.000 gegen Umweltzerstörung im Hambacher Forst und 242.000 bei der Großdemonstration „#Un- teilbar - Solidarität statt Ausgrenzung“. Auch bei den Wahlen in Hessen und Bayern gab es keine eindeutige Rechtsverschiebung, vor allem die Grünen können aktuell profitieren, während die LINKE durch interne Streitigkeiten durch geschwächt ist und ihr Potential nicht voll ausschöpft.

Diese Entwicklungen zeigen, dass kein Rechtsruck, sondern eine Polarisierung stattfindet. Die deutsche Schwesterorganisation der SLP, die Sozialistische Alternative (SAV), ist Teil sämtlicher Proteste. Wir treten in der LINKEN und den Gewerkschaften dafür ein, dass diese Organisationen ihre Größe nutzen, um bundesweite Kampagnen zu organisieren und den Widerstand gegen Rassismus mit dem Kampf gegen Wohnungsnot, Pflegenotstand und Umweltzerstörung zu verbinden.

**Christoph Glaninger,**  
Berlin

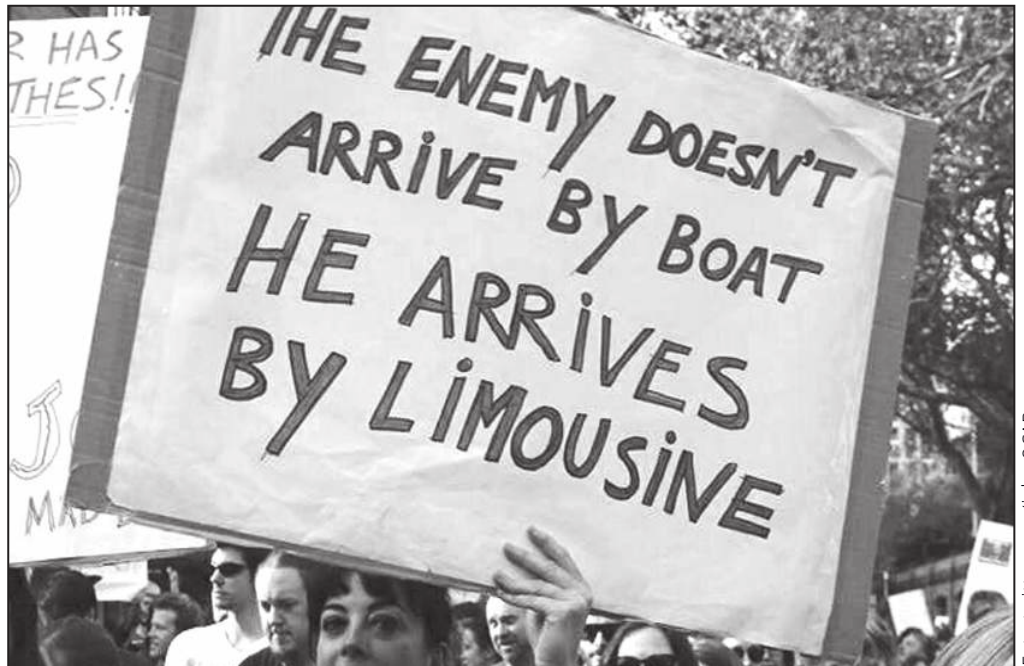


Foto: twitter.com/john OCAP

## Militär gegen MigrantInnen

Etwa 7.000 MigrantInnen aus Mittelamerika marschieren gemeinsam durch Mexiko Richtung US-Grenze, in der Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben. Schon seit Jahren fin-

schen soll über die Kernschichten hinaus mobilisieren. Doch selbst wenn dies gelingt, wird langfristig ins Bewusstsein dringen: Die Regierung des mächtigsten imperialisti-

Unvorstellbare Umverteilung zu den Superreichen durch eine „Steuerreform“, während jährlich 600.000 in den Privatkonkurs müssen; aufgrund unbezahlbarer Krankenhaus-Rechnungen. Die Schwesterorganisation der SLP, 'Socialist Alternative', verbindet die Interessen von US-ArbeitnehmerInnen und ImmigrantInnen durch soziale und Arbeitskämpfe: z. B. für höhere Löhne (+ Mindestlohn von \$15), ein frei zugängliches Gesundheitssystem, gegen Bildungskürzungen, Mietwucher und Anti-Gewerkschafts-Gesetze. Sie fordert: „Umgehende und bedingungslose Legalisierung aller 'papierlosen' ImmigrantInnen; gleiche Rechte für alle!“

**Franz Neuhold**

*Der MigrantInnen-Marsch belegt die Unfähigkeit des Kapitalismus, eine sichere Zukunft zu bieten.*

den solche Märsche statt. Die nunmehrige Karawane erhielt deshalb Aufmerksamkeit, da Trump angesichts schlechter Umfragen für die Kongresswahlen die Flucht nach vorne antrat: Er verlegte Truppen an die Grenze zu Mexiko. Das Schüren von Angst gegen unbewaffnete Men-

schen Staates gerät in Panik, wenn wenige Tausend Menschen (erfahrungsgemäß schwellen die Märsche bis zur Grenze deutlich ab) Arbeit, Freiheit und Sicherheit einfordern. Wie kaputt dieses System bereits ist, bekommen ebenso ArbeiterInnen und Arme in den USA zu spüren.

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

## Brasilien: Gegen Bolsonaro!

Die Wahl des rechtsextremen Präsidenten Bolsonaro stellt eine reale Gefahr für Millionen ArbeiterInnen, Arme, Frauen, Schwarze, LGBTIQ+ und Indigene dar. Er ruft offen zur Gewalt auf und droht, „Opposition, Sozialismus und Kommunismus zu eliminieren.“. Doch der Widerstand gegen Bolsonaro hat schon vor der Wahl begonnen. Am 29. September organisierte eine Gruppe von AktivistInnen unter dem Motto

„elenão („nicht ihn“) eine Demonstration mit 80.000 TeilnehmerInnen. Liberdade, Socialismo e Revolução (Freiheit, Sozialismus und Revolution - CWI in Brasilien) kämpft in der PSoL (Partei für Sozialismus und Freiheit) war von Anfang an Teil der Proteste im ganzen Land. Nach dem ersten Wahlgang am 7.10. protestierte LSR mit anderen Organisationen wie der Bewegung landloser ArbeiterInnen (MTST) unter dem Motto „Nossas

Vidas Importam!“ („Unser Leben Zählen!“). Auch nach Bolsonaros Sieg geht der Widerstand weiter, z.B. mit Massendemonstrationen wie in Sao Paulo. LSR ruft dazu auf, Selbstverteidigungskomitees gegen die Gewalt von rechts zu gründen und kämpft für den Neuaufbau einer revolutionären Linken als sozialistische Alternative zum rechtsextremen Präsidenten Bolsonaro - und zum Kapitalismus.

[www.lsr-cit.org](http://www.lsr-cit.org)

## SO-Asien

In Colombo (Sri Lanka) trafen sich Mitte Oktober VertreterInnen des CWI aus Sri Lanka, Indien, Malaysia, Australien und Indonesien zu einer erfolgreichen Konferenz. Gemeinsam mit Gästen aus Kaschmir und London ging es um den Handelskrieg zwischen den USA und China und eine mögliche Wiederholung der Asienkrise von 1997. Diskutiert wurde weiters die Bedeutung der Überwindung nationaler Spaltung für SozialistInnen.

[www.socialistworld.net](http://www.socialistworld.net)

## Israel

Israels Regierung plant, das Beduinendorf Khan al-Ahmar, zu dem eine Schule für 150 Kinder gehört, abzureißen, um Platz für eine neue Siedlung zu schaffen. Die „Bewegung sozialistischer Kampf“ (CWI in Israel/Palästina) protestierte am 15. und 19.10. gemeinsam mit BewohnerInnen des Dorfes und machte klar, dass eine Lösung der nationalen Frage nur auf sozialistischer Grundlage möglich ist.

[www.socialism.org.il](http://www.socialism.org.il)



# Die Rechten und der „Lebensschutz“

**Am 24. November** findet der „Marsch für das Leben“ statt. Veranstaltet wird er u.a. von der katholisch-fundamentalistischen „Jugend für das Leben“ sowie der Katholischen Hoch-

nellen Familie: Mutter, Vater und viele eheliche Kinder.

Einer ihrer Demosprüche lautet „Die Wirtschaft ist gesünder – durch Vater, Mutter, Kinder“. Hier wird

## *Die gemeinsamen Wurzeln von rechten und religiösen GegnerInnen weiblicher Selbstbestimmung.*

schulgemeinde. Nicht nur bei dieser Gelegenheit treten religiöser Fundamentalismus, Rechtsextremismus und Faschismus miteinander auf. Auch beim „Marsch für die Familie“, der Gegenveranstaltung zur alljährlichen Wiener Regenbogenparade, demonstriert eine ähnliche Allianz. Neben VertreterInnen der Katholischen Kirche finden sich Holocaust-Leugner, NS-Verharmloser und gewaltbereite Neonazis.

Bei Abtreibungsfrage und Frauenbild haben religiöser Fundamentalismus und Rechtsextremismus/Faschismus viel gemein: Gegen „Genderwahn“, gegen Abtreibung, gegen Verhütung, gegen zeitgemäßen Aufklärungsunterricht, gegen öffentliche Kinderbetreuung und v.a. für den Erhalt der traditio-

ihre gemeinsame ideologische Basis deutlich. Die Abtreibungsfrage war nie eine primär ethische, sondern vielmehr immer eine rationale, wirtschaftliche und politische. Maria Theresia brauchte ebenso Soldaten, wie der Nationalsozialismus und heutige Nationalstaaten. Die Festlegung von Frauen als Gebärmaschinen hängt auch mit der kapitalistischen Produktionsweise zusammen, es geht darum, ein Heer an Arbeitskräften zu produzieren.

Der Kapitalismus ist zwar ein internationales System, doch braucht das jeweilige Kapital „seinen“ Nationalstaat, um seine Interessen umzusetzen. Im Land braucht man ausreichend günstige Arbeitskräfte. Und nach aussen müssen die Interessen wenn nötig auch militärisch vertreten

werden. Kapital-Staat-Religion gehören zusammen.

Der weibliche Körper wird zum „Produktionsmittel“ der Ware Arbeitskraft, über das die Frau selbst keine Verfügungsgewalt haben soll. Wenn Gesetze das Leben der Frau mit jenem des Fötus gleich setzen (Bsp. Chile und Irland), dann ist das nur die extremste Form der Bevormundung. Die Zwangsberatung vor einer Abtreibung ist eine mildere Form derselben Logik.

Leben wird den Herrschenden also in dem Maße „heilig“, in dem es verwertbar ist. Die Religionen erklären Abtreibung oder auch Verhütung zur Sünde, weil sie dem Staat Soldaten und Arbeitskräfte vorenthalten. Ihre Vorstellungen sind nicht nur Zeichen einer extrem veralteten und konservativen Gesinnung. V.a. geht es ihnen um den Erhalt der Kontrolle über Frauen und damit um den Erhalt der aktuellen Gesellschafts- und Wirtschaftsform. Also eines Systems, in dem eine Minderheit über eine Mehrheit herrscht und auf deren Kosten lebt.

Die völkische Ideologie rechtsextremer und (neo-)faschistischer Gruppierungen gehört dazu. Für sie ist die Rolle einer Frau die

Produktion von Nachkommen zum Erhalt der Rasse. Der Nationalsozialismus bestrafte Abtreibung mit dem Tod. Allerdings nur, wenn es dem Erhalt des „arischen Volkes“ diene. Ging es um „minderwertiges“ Leben, so war Abtreibung im Sinne der „Rassenreinheit“ ein vom Staat erwünschtes Mittel. Geschätzte 400.000 Menschen wurden zwangssterilisiert, weil sie sich im Sinne der NS-Rassenhygiene aufgrund ethnischer Herkunft oder erblicher Veranlagung nicht reproduzieren sollten.

Und heute? Die neofaschistischen „Identitären“ sprechen sich ganz dieser Blut, Rasse und Boden-Ideologie folgend gegen Abtreibungen aus – „Lebensschutz ist Heimatschutz!“ erklären sie. Die deutsche AfD sorgt sich um die „Fruchtbarkeitsraten“ der Bevölkerung und will die Anzahl von Abtreibungen reduzieren.

Dass es diesen angeblichen „Lebensschützern“ nicht um den Schutz des Lebens geht und nicht um „die Kinder“, „die Familie“ oder „die Frau“ wird rasch klar. Die Einschränkung zum freien Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen verhindert keine Abtreibung, gefährdet

aber Gesundheit und Leben der Frau. Ihre Unterstützung für „Grenzen dicht“ nimmt tote Flüchtlingskinder in Kauf. Die Forderung nach einem Ende von Abschiebungen sucht man bei „Lebensschützern“ in der Regel vergeblich. FPÖ und ÖVP wollen das Selbstbestimmungsrecht von Frauen beschränken – kürzen aber gleichzeitig das Geld für Kinder, v.a. wenn sie bzw. ihre Eltern keine „ÖsterreicherInnen“ sind. Und wer Menschen verweigert, ihre Familie zu sich zu holen, dem ist es mit dem „Wert Familie“ offensichtlich doch nicht so wichtig.

Auch wenn Rechtsextreme und religiöse Fundamentalisten manchmal unterschiedlich gegen Abtreibung und gegen die Selbstbestimmung von Frauen zu argumentieren scheinen, so geht es letztlich darum, Macht und Kontrolle über Frauen auszuüben und ihre Körper im Sinne der kapitalistischen Produktionsweise zu willenlosen Produktionsmitteln zu degradieren, die ausbeutbare Arbeitskraft erzeugen. Die Kontrolle und Unterdrückung der Frau dient also auch dazu, dieses System der Ausbeutung als Gesamtes aufrechtzuerhalten.

**Celina Brandstötter**

# Fünf Gründe, warum...

**1** Weil Armut in Österreich viele trifft: 1,5 Millionen Menschen sind armutsgefährdet oder manifest arm.

**2** Weil schon die Einführung durch rot-schwarz ein Schritt Richtung Hartz 4 und ei-

*...die Kürzung der Mindestsicherung keine Probleme löst, aber Reiche reicher macht.*

ne Verschlechterung war, da weit unter der Armutsgrenze. Weil man dem Arbeitsmarkt „zur Verfügung stehen“ muss, wurde sie zum Instrument, um mehr Druck auf Arme auszuüben. Schwarz-Blau will den Bezug weiter reduzieren.

**3** Weil es nicht um den „Arbeitswillen“ geht: Von den

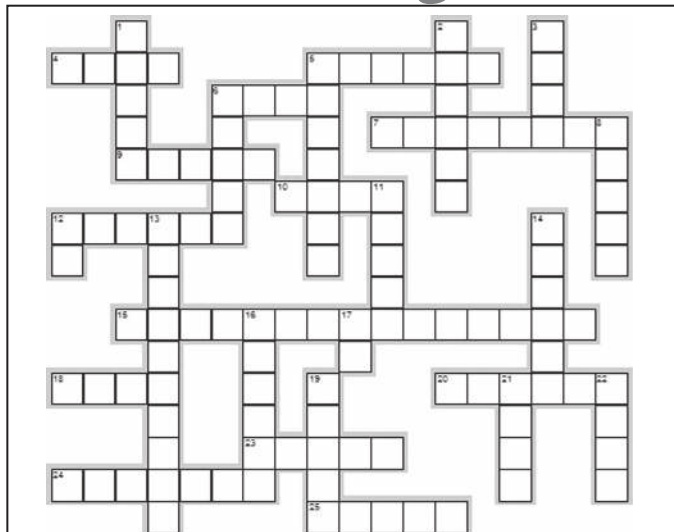
300.000, die Mindestsicherung beziehen können 2/3 gar nicht arbeiten, weil zu alt, zu krank oder weil sie pflegende Angehörige oder Kinder sind. 87 % bekommen nur eine Ergänzungsleistung zu Arbeitslosengeld, Pensi-

on oder Erwerbseinkommen. Die Mindestsicherung stellt also auch eine staatliche Lohnsubvention für Unternehmen mit schlechten Arbeitsverhältnissen dar.

**4** Weil die „Reform“ nur Populismus ist: Hier geht es um 0,9 % der Sozialausgaben. Angeblich soll „Sozialtourismus“ durch MigrantIn-

nen eingedämmt werden. Doch z.B. in Niederösterreich ist nur jeder 7. Betroffene asylberechtigt. „Die Existenzkürzungen betreffen also in erster Linie ‚Hiesige‘ und schon längst Dagewesene.“, so die Armutskonferenz. So wird die Kürzung der Mehrbeträge für Kinder v.a. Alleinerziehende treffen.

**5** Weil in Kombination mit der „Reform“ der Notstandshilfe Arbeitslose bzw. noch-Beschäftigte eingeschüchtert werden sollen: Auf 80.000 offene Stellen kommen rund 350.000 Arbeitslose. Unternehmen können mehr Verschlechterungen durchsetzen, wenn man Angst haben muss, durch Arbeitslosigkeit in schlechtere Jobs und Armut zu rutschen.



**Waagrecht**

**4** Vorläuferin der SPÖ **5** Da wollen Hahn, Katze, Hund und Esel Musik machen **6** Bis Ende der 1990er reichste Partei Österreichs **7** Staatsform **9** Organe der ArbeiterInnen-demokratie **10** Vorname von Renner **12** Gibt's auch als Schmarrn **15** Ö. Reformismus der Zwischenkriegszeit **18** Hier begann der Februaraufstand **20** Letzter Außenminister der Monarchie **23** Name und Stimmung **24** Eins von 12 im Jahr **25** Kein Ast, sondern...

**Senkrecht**

**1** Landwirt **2** Prälat ohne Milde **3** Kein Brot ohne... **5** Hauptstadt von Nordirland **6** Cattaro heute **8** Franz, nicht Werfel **11** Komponist der „Lustigen Witwe“ **12** Tarifvertrag in Österreich **13** Sozialdemokratische Verteidigungsorganisation **14** Gebäudereste **16** Präsident der 1. und 2. Republik **17** Räteersatz **19** Vorname Seipel **21** Austromarxist, Vorname **22** Reformistisches Experimentierfeld

Sende Kopie oder Foto des fertigen Rätsels „1918“ an [slp@slp.at](mailto:slp@slp.at) oder SLP, Pappenheimg. 2/1, 1200 Wien – unter allen Einsendungen verlosen wir ein Vorwärts-Jahresabo.

## Sozialistische LinksPartei Wofür wir stehen

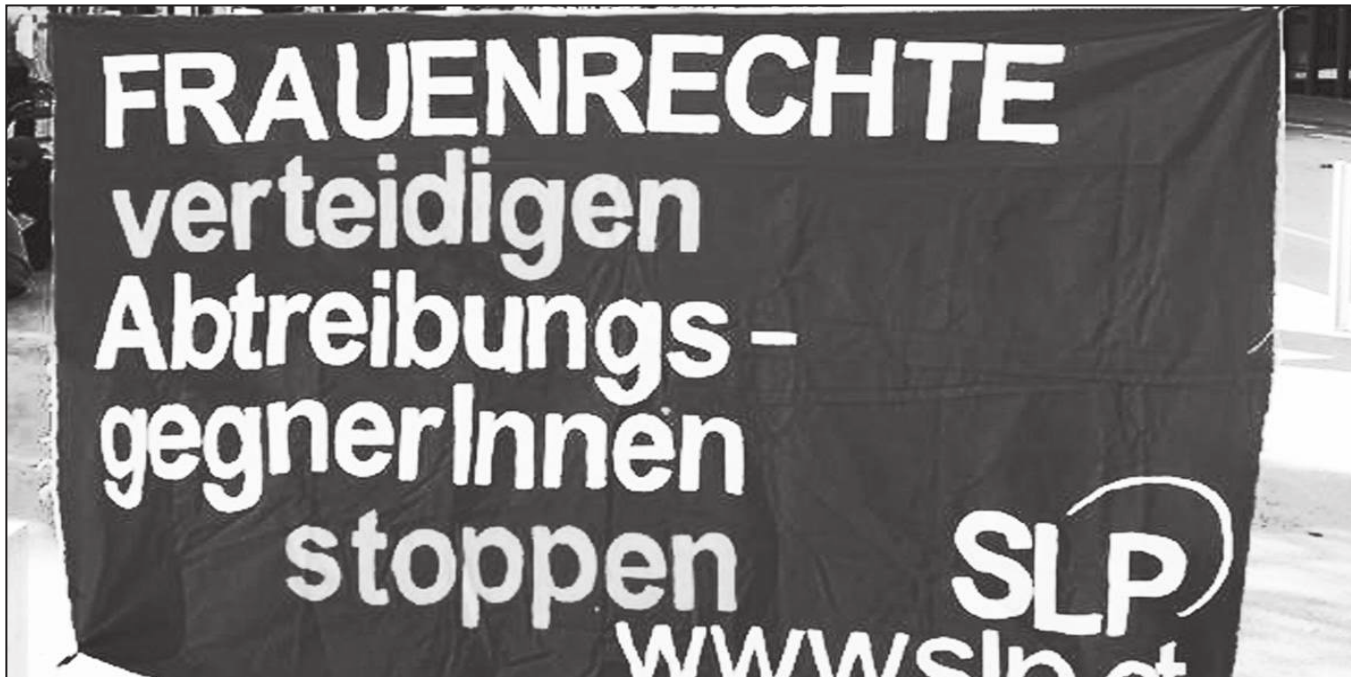
- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch

- bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.

- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschaftlerInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand

- und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu

- regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.



## Unser Recht auf Selbstbestimmung!

Die konservativen AbtreibungsgegnerInnen sind eine kleine, aber laute ÖVP und FPÖ. So künftige Schwarz-Blau bereits im Regierungsprogramm be- schneidung des Rechts auf Abtreibung als nächsten Schritt. Gleichzei-

*Am 24.11. gegen christliche FundamentalistInnen und Frauenfeinde auf die Straße gehen!*

Minderheit. Doch international bekommen sie zunehmend Rückendeckung von rechten Regierungen. Auch in Österreich haben sie mächtige Bündnispartner in gram bevormundende Maßnahmen an. Zwei von konservativ-christlichen Vereinen eingebrachte parlamentarische „Bürgerinitiativen“ fordern nun eine Be-

tivistInnen bauen starke, kämpferische Bewegungen auf, um sich für Frauenrechte stark zu machen und gegen Kürzungen zu stellen. Werden wir mit ihrem Vorbild aktiv. Wehren wir uns gegen die sexistischen Angriffe der Regierung und ihrer konservativen Lobby. Und erkämpfen wir echte Selbstbestimmung – über unsere Körper und unsere Leben!

**Martina Gergits**

### Termin

## Protest gegen den Fundi-Marsch

**Radikale** AbtreibungsgegnerInnen wollen am 24.11. durch Wien marschieren. Zu ihren Aufmärschen kommen sowohl FundamentalistInnen als auch Rechtsextreme. Stellen wir uns ihnen in den Weg!

**24.11. | 11<sup>00</sup> Uhr**

Wien, Schwedenplatz

### Treffpunkte

#### GRAZ

**SLP-Ortsgruppe**  
jeweils Montag, 19<sup>00</sup> Uhr  
im 'Café Stockwerk'  
Jakominiplatz 18

#### LINZ

**SLP-Ortsgruppe**  
jeweils Dienstag, 18<sup>00</sup> Uhr  
im 'Alte Welt'  
Hauptplatz 4

#### SALZBURG-STADT

**SLP-Ortsgruppe**  
jeweils Freitag, 19<sup>00</sup> Uhr  
im 'Shakespeare'  
Hubert-Sattler-Gasse 3  
(Nähe Mirabellplatz)

#### VÖCKLABRUCK

**SLP-Ortsgruppe**  
jeweils Mittwoch, 18<sup>00</sup> Uhr  
im 'Café Mayr'  
Bahnhofstraße 1

#### WIEN

**SLP Wien West**  
jeweils Montag, 18<sup>00</sup> Uhr  
Buchhandlung  
'Libreria Utopia'  
15; Preysinggasse 26 - 28  
(Nähe U3 Schweglerstraße)

**SLP Brigittenau 1**  
jeweils Dienstag, 18<sup>30</sup> Uhr  
im SLP-Büro  
20; Pappenheimgasse 2/1  
(Bei "Büro" läuten)

**SLP Brigittenau 2**  
jeweils Donnerstag, 18<sup>30</sup> Uhr  
im SLP-Büro  
20; Pappenheimgasse 2/1  
(Bei "Büro" läuten)



Gibt es nicht aus Profitstreben.  
Gibt es aus Überzeugung.

- > Berichte
  - > Hintergründe
  - > Analysen
- aus sozialistischer Sicht.



**Jetzt abonnieren!**  
Normal-Abo: € 24,-  
Sozial-Abo: € 14,-  
(für Menschen ohne eigenes Einkommen)  
All-inclusive-Abo: ab € 7,-/Monat  
Zeitung und alle anderen Publikationen der SLP

Abo-Zahlungen & Spenden:  
IBAN: AT 2560000000000000000000000000000000  
BIC: OPSKATWW

www.slp.at | slp@slp.at | f /slp.cwi

